



117. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 11. Februar 2021

Mitteilungen des Präsidenten	3	2 Fünftes Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes	
Vor Eintritt in die Tagesordnung	3	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 17/12592 – Neudruck	
Formlose Rüge des Abgeordneten Andreas Keith (AfD) betreffend der 116. Plenarsitzung am 9. Februar 2021	3	erste Lesung und zweite Lesung.....	28
Änderung der Tagesordnung.....	3	Ergebnis.....	28
1 Corona-Pandemie in Nordrhein-Westfalen: Perspektiven nach den Bundesländer-Beratungen		3 Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern eine Perspektive geben – mehr pädagogische Entscheidungen den Schulen übertragen und aus der Pandemie gut durchstarten.	
Unterrichtung durch die Landesregierung		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12594	28
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12593		Ergebnis.....	28
Entschließungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/12609			
Entschließungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/12610			
<u>In Verbindung mit:</u>		4 Endlich ein wirksames und nachhaltiges Unterstützungsprogramm für mehr Bildungsgerechtigkeit in NRW!	
Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 10. Februar 2021		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/12601	28
Ministerpräsident Armin Laschet	3	Ergebnis.....	28
Thomas Kutschaty (SPD)	8		
Bodo Löttgen (CDU)	12		
Verena Schäffer (GRÜNE)	14		
Christof Rasche (FDP)	17		
Markus Wagner (AfD).....	20		
Ministerin Yvonne Gebauer	22		
Thorsten Schick (CDU).....	25		
Josefine Paul (GRÜNE).....	26		
Jochen Ott (SPD).....	27		
Ergebnis	27		

Entschuldigt waren:

Ministerin Ursula Heinen-Esser
(bis 14 Uhr)
Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner

Marc Blondin (CDU)
Jörg Blöming (CDU)
Frank Boss (CDU)
Dr. Annette Bunse (CDU)
Angela Erwin (CDU)
Heinrich Frieling (CDU)
Anke Fuchs-Dreisbach (CDU)
Wilhelm Hausmann (CDU)
Kirstin Korte (CDU)
Oliver Krauß (CDU)
Ralf Nettelstroth (CDU)
Britta Oellers (CDU)
Romina Plonsker (CDU)
Charlotte Quik (CDU)
Jochen Ritter (CDU)
Hendrick Schmitz (CDU)
Thomas Schnelle (CDU)
Raphael Tigges (CDU)
Margret Vosseler-Deppe (CDU)
Klaus Vosseem (CDU)
Simone Wendland (CDU)
Heike Wermer (CDU)
Bianca Winkelmann (CDU)

Britta Altenkamp (SPD)
Andreas Becker (SPD)
Dietmar Bell (SPD)
Jürgen Berghahn (SPD)
Frank Börner (SPD)
Christian Dahm (SPD)
Georg Fortmeier (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Gabriele Hammelrath (SPD)
Armin Jahl (SPD)
Wolfgang Jörg (SPD)
Christina Kampmann (SPD)
Regina Kopp-Herr (SPD)
Hans-Willi Körfges (SPD)
Hannelore Kraft (SPD)
Carsten Löcker (SPD)
Angela Lück (SPD)
Dr. Dennis Maelzer (SPD)
Ernst-Wilhelm Rahe (SPD)
Norbert Römer (SPD)
Rainer Schmeltzer (SPD)
Karl Schultheis (SPD)
Ellen Stock (SPD)
Marlies Stotz (SPD)
Frank Sundermann (SPD)
Annette Watermann-Krass (SPD)
Christina Weng (SPD)
Stefan Zimkeit (SPD)

Berivan Aymaz (GRÜNE)
Horst Becker (GRÜNE)
Sigrid Beer (GRÜNE)
Wibke Brems (GRÜNE)
Arndt Klocke (GRÜNE)
Johannes Remmel (GRÜNE)
Norwich Rüße (GRÜNE)

Ralph Bombis (FDP)
Lorenz Deutsch (FDP)
Markus Diekhoff (FDP)
Stephan Haupt (FDP)
Stefan Lenzen (FDP)
Rainer Matheisen (FDP)
Franziska Müller-Rech (FDP)
Stephen Paul (FDP)
Andreas Terhaag (FDP)

Sven Werner Tritschler (AfD)
Gabriele Walger-Demolsky (AfD)

Alexander Langguth (fraktionslos)
Frank Neppe (fraktionslos)
Marcus Pretzell (fraktionslos)

Beginn: 13:02 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich zu unserer heutigen, 117. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Gästen an den Bildschirmen.

Geburtstag feiert heute der entschuldigte Kollege Arndt Klocke von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Nichtsdestotrotz wollen wir ihm herzlich gratulieren.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommen wir zur **Erteilung einer nichtförmlichen Rüge an den Abgeordneten Andreas Keith** von der AfD-Fraktion.

Im Nachgang zum Tagesordnungspunkt „Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin am 10. Februar 2021 zum weiteren Umgang mit der Corona-Pandemie: Pandemie weiter ernsthaft bekämpfen – faktenbasierte Entscheidungen treffen – Wege in eine Normalisierung aufzeigen“ der Plenarsitzung am 9. Februar 2021 muss ich Herrn Abgeordneten Andreas Keith auf die Einhaltung der parlamentarischen Ordnung hinweisen und ihm eine nichtförmliche Rüge aussprechen.

Herr Abgeordneter Keith hat sich in einem Zwischenruf zum Redebeitrag des Abgeordneten Löttgen zum eben genannten Tagesordnungspunkt unparlamentarisch geäußert. Ich werde seine Ausführungen nicht wiederholen.

Herr Kollege, ich ermahne Sie und bitte Sie, derartige Äußerungen zukünftig zu unterlassen.

Die Einberufung des Landtags zur heutigen Sitzung erfolgte gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung in Verbindung mit § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung auf Antrag der Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, **die Tagesordnung um drei weitere Tagesordnungspunkte zu ergänzen:**

- als Tagesordnungspunkt 2: „Fünftes Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes“, Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 17/12592 – Neudruck –;
- als Tagesordnungspunkt 3: „Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern eine Perspektive geben – mehr pädagogische Entscheidungen den Schulen übertragen und aus der Pandemie gut

durchstarten.“, Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12594;

- als Tagesordnungspunkt 4: „Endlich ein wirksames und nachhaltiges Unterstützungsprogramm für mehr Bildungsgerechtigkeit in NRW!“, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/12601.

Hiergegen sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf:

1 Corona-Pandemie in Nordrhein-Westfalen: Perspektiven nach den Bund-Länder-Beratungen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12593

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12609

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12610

In Verbindung mit:

Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 10. Februar 2021

Die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP haben mit Schreiben vom 2. Februar 2021 die unverzügliche Einberufung des Landtags beantragt.

Der Chef der Staatskanzlei hat ebenfalls mit Schreiben vom 2. Februar 2021 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zum Thema „Corona-Pandemie in Nordrhein-Westfalen: Perspektiven nach den Bund-Länder-Beratungen“ zu unterrichten.

Sowohl die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP als auch die Landesregierung sind mit einer verbundenen Behandlung der Anträge im Rahmen der Unterrichtung durch die Landesregierung einverstanden.

Die Unterrichtung der Landesregierung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Laschet. Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weiberfastnacht, 13 Uhr: Normalerweise wären in diesen Stunden Hunderttausende in Nordrhein-

Westfalen auf den Straßen unterwegs und würden freudig ...

(Herbert Reul, Minister des Innern: Und ich!)

– Der Innenminister wäre auch dabei. Viele wären dabei. – Herr Ott verteilt hier karnevalistische Artikel.

Wir erinnern uns alle daran, wie es sonst war. Die Bilder, die man manchmal als Rückblick im Fernsehen sieht, zeigen noch einmal das unbeschwerte Leben an diesem Tag und die Lebensfreude, die viele Menschen so sehr genießen. Dass das jetzt beendet ist, macht auch deutlich, in welcher ernsten Zeit wir sind und dass wir alles tun müssen, damit wir wieder zu dieser Normalität zurückkommen.

Dabei sage ich: weitgehend. Denn natürlich sind viele andere Formate gefunden worden. Diejenigen, die diese Tradition aufrechterhalten, tun das auch in diesen Tagen.

Dennoch sind wir weiter in dieser Jahrhundertpandemie. Sie hat den Landtag heute zu dieser Sondersitzung zusammenkommen lassen und die Ministerpräsidentenkonferenz zusammen mit der Bundeskanzlerin gestern zu erneuten Maßnahmen veranlasst.

Wir sind in einer eigenartigen Lage, weil die Zahlen von Tag zu Tag besser werden und wir trotzdem von manchen Wissenschaftlern hören, wir müssten sogar noch mehr machen, als wir ohnehin schon tun. Beides klafft in der Wahrnehmung der Menschen auseinander. Einerseits wird es besser und besser und besser. Andererseits sagt die Wissenschaft:

(Helmut Seifen [AfD]: Welche denn?)

Eigentlich reicht das alles nicht; eigentlich muss man in einer solchen Phase noch strenger sein. – Genau diese Abwägung muss man jetzt wieder treffen.

Die Sieben-Tage-Inzidenz liegt bei 62,7 und damit so niedrig wie zum letzten Mal vor vier Monaten, nämlich am 18. Oktober 2020. Nur eine Stadt hat noch eine Inzidenz von über 100. In zehn Städten – am Dienstag, als ich das letzte Mal hier sprach, waren es noch acht – liegt die Inzidenz unter 50, in der Hälfte von ihnen sogar schon unter 35.

Auch die Zahlen in den Krankenhäusern haben sich entspannt. Inzwischen werden weniger Patienten beatmet als auf dem Höhepunkt der ersten Welle im Frühjahr des letzten Jahres.

Jetzt kommt das mutierte Virus B.1.1.7 – nach Pro-
pheeteuerungen mit einer gegenwärtigen Verbreitung von 6 %.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Es besteht die Vermutung, dass das erste Virus, das wir aus dem letzten Jahr kennen, irgendwann abgelöst wird und wir dann nur noch das zweite haben – mit einer viel schnelleren Verbreitung. Deshalb er-

folgt jetzt diese Vorsicht. Das ist der eigentliche Grund.

Wir wissen nicht, ob das mutierte Virus wirklich diese Wirkung hat. Die Wissenschaft warnt uns aber davor. Deshalb müssen wir so vorsichtig bleiben und beobachten, ob unsere Maßnahmen reichen, um das Geschehen unter Kontrolle zu haben, wenn irgendwann nur noch das Virus B.1.1.7 verbreitet ist und es das andere Virus gar nicht mehr gibt.

Genau in dieser Zwischenphase sind wir jetzt. Deshalb ist das ein ganz entscheidender Punkt.

In den Niederlanden, unserem Nachbarland, nicht allzu weit weg, ist dieses Virus bereits zu 60 % verbreitet. Wir untersuchen gerade durch besondere Sequenzierungen an der deutsch-niederländischen Grenze, wie stark es schon bei uns verbreitet ist. Wenn wir erfahren, dass es stark verbreitet ist, stellt sich die Frage, wie schnell die Kurven nach oben gehen. Alles das kann zum jetzigen Zeitpunkt niemand sagen. Deshalb ist es weiterhin richtig, dass wir in diesen Tagen vorsichtig sind.

Was haben wir deshalb gestern beschlossen? Die Maßnahmen werden grundsätzlich bis zum 7. März beibehalten. Außerdem haben wir uns darauf verständigt, am 3. März wieder zusammenzukommen, um gemeinsam zu prüfen, welche Öffnungen möglich sind.

Ich lese manchmal, auch hier in den Anträgen: Das ist ja schön und gut, aber wir brauchen endlich einen Plan. – Ja, tief im Wesen von uns Menschen ist verankert, dass man am liebsten alles planen will. Aber in dieser Lage – ich habe das Virus gerade beschrieben – ist es eine Illusion, zu glauben, man könne hier Schritt für Schritt planen. Wir kennen jetzt die eine Variante der Mutation. Es kann auch noch weitere geben.

(Zurufe von Christian Loose [AfD] und Helmut Seifen [AfD])

Und was soll denn in diesen Plänen stehen? Wenn in dem Plan steht: „Bei 35 machen wir dies“, weiß trotzdem noch keiner, wann wir denn bei 35 sein werden. Die Fixierung auf eine einzige Zahl kann am Ende auch schon wieder falsch sein, weil die Entwicklung eine ganz andere ist und wir wieder vorsichtig sein müssen.

Sie können das gleich wieder alle fordern. Ich plädiere aber weiterhin dafür, so wie wir es mit der Bundesregierung auch verabredet haben,

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

auf Sicht zu fahren, um Gefahren klar zu erkennen, und, wenn möglich, da zu öffnen, wo immer es denkbar ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Einer der drei zentralen Punkte, die gestern beschlossen wurden, betrifft die Bildungschancen unserer Kinder. Wir haben im Frühjahr den Fehler gemacht, Kitas und Schulen als Erstes zu schließen und zum Teil als Letztes wieder zu öffnen. Mein Versprechen war, dass uns dieser Fehler nicht noch einmal passiert. Schulen und Kitas sind mehr als Orte des Lernens. Es sind Sozialräume, die für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen elementar sind.

Man muss auch einmal sagen: Ja, der Digitalunterricht hat funktioniert.

(Thomas Röckemann [AfD]: Nein!)

Er war viel besser als das, was wir noch im März letzten Jahres erleben konnten. Er ist immer besser geworden. Aber er ersetzt nicht soziale Begegnungen von Kindern. Kinder brauchen andere Kinder und können ihre Persönlichkeitsentwicklung nicht nur vor dem Computer voranbringen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb steht jeder Tag, an dem Kinder und Jugendliche nicht in die Kita oder in die Schule gehen können, auch bei bestem Distanzunterricht für den Verlust von Zukunftschancen.

Die Coronalage hat es im Dezember nicht zugelassen, am Präsenzunterricht festzuhalten. Solange wir konnten, haben wir darum gekämpft, ihn aufrechtzuerhalten, während andere ihn schon preisgeben wollten. Damals ist die Entscheidung für die Verlängerung der Weihnachtsferien und das Lernen auf Distanz angesichts einer Inzidenz von fast 200 notwendig gewesen.

Doch heute ist die Lage anders. Das Infektionsgeschehen ist weiterhin hoch. Aber eine dauerhafte Schließung von Kitas und Schulen ist nicht mehr zu rechtfertigen.

Die Bundeskanzlerin hat gestern anerkannt, dass das nun das Kernstück der Zuständigkeit der Länder ist. Sie hat in den zwölf Monaten seit Beginn der Pandemie die schwierige Aufgabe, wie ich finde, sehr gut bewältigt und immer versucht, 16 Zuständigkeiten von Ländern auf eine gemeinsame Position zu bringen. Das war eine wichtige Moderatorenrolle. Aber in Bezug auf die Frage, wann jetzt wer wie die Kitas und Schulen öffnet, hat sie erklärt: Wir kehren zur ursprünglichen Zuständigkeit zurück; deshalb wird jedes Land für sich entscheiden.

Wenn Sie sich im Länderkreis umhören, stellen Sie fest, dass fast überall der 22. Februar das Datum ist, an dem geöffnet wird. In manchen Ländern umfasst die Grundschule die Klassen 1 bis 6. Dort sind natürlich andere Fragen zu beantworten.

Wir haben uns darauf verständigt, dass wir am 22. Februar Schritt für Schritt zum Präsenzbetrieb unter den Bedingungen der Pandemie zurückkehren. Das

bedeutet am Anfang Wechselunterricht. Die Schulen sind heute durch die Schulministerin informiert worden, unter welchen Bedingungen das Ganze stattfindet.

Wenn dann eine Inzidenz von unter 50 erreicht ist, werden wir über den nächsten Schritt nachdenken und in weiteren Schritten auch andere Schulklassen und andere Schulformen berücksichtigen. Jetzt sind erst einmal nur die Grundschulen, die Abschlussklassen und die Förderschulen in unserem besonderen Blick.

Das geht nur, wenn wir die Schutzmaßnahmen noch einmal verstärken. Bereits im vergangenen Jahr haben alle Schulen erste Lieferungen von Schutzmasken bekommen. Inzwischen werden nur noch Masken nach dem FFP2- bzw. KN95-Standard durch die Schulträger ausgeliefert. Ab dem 15. Februar, also ab Montag, stehen solche Schutzmasken für alle Lehrkräfte und sonstiges schulisches Personal in den Schulen zur Verfügung, insgesamt zwei Masken pro Person und Präsenztage. Für Förderschulen und Schulen des Gemeinsamen Lernens steht zusätzliche Schutzausstattung bereit.

Darüber hinaus werden wir das bereits bestehende Testangebot verstärken. Fortan sind – zunächst bis zu den Osterferien – zwei Tests pro Woche möglich.

Das Programm, das wir für Lüftungsanlagen aufgelegt haben – 50 Millionen Euro –, hat die Kommunalministerin zusammen mit den Kollegen inzwischen so weit abgearbeitet, dass alle Gelder bewilligt sind. Geräte im Umfang von gut 20 Millionen Euro wurden beantragt. Für diejenigen, die sich jetzt noch bewerben, werden auch noch Möglichkeiten gesucht.

Man muss allerdings wissen, dass das kein Allheilmittel ist. Ich lese manchmal, dass die Leute sagen: Wenn das Gerät dort steht, ist das Problem weg. – Nein, auch dann muss man Schutzmasken tragen. Selbst bei Vorhandensein eines solchen Geräts muss man lüften. Das ist keine Wundermaschine. Aber es hilft, Aerosole aus der Luft zu nehmen.

Für die Räume, in denen es nötig ist – wir haben das mit den Schulträgern erörtert –, stehen die Geräte bereit.

Die Schulministerin hat für diese schrittweise Rückkehr bereits seit Mitte der letzten Woche mit den Vertretern von Eltern, Schülern und Lehrern die Grundlage geschaffen. Theoretisch könnte man gleich am Montag loslegen. Die SPD hat ja mal beantragt, dass es direkt am Montag sein soll.

Ich finde aber, dass man den Schulen Vorbereitungszeit geben muss. Man muss Planbarkeit ermöglichen.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Sie werden das hinkriegen. Planbarkeit bedeutet nicht, ihnen am Donnerstag zu sagen, dass sie am

Montag starten können. Deshalb ist der 22. Februar ...

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

– Ich verstehe ja, was man als Opposition sagen muss.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Hätten wir diesen Montag genommen, hätten Sie uns vorgehalten: Alles viel zu schnell; typisch; nicht vorbereitet. – Jetzt sagen wir: Es wird der 22. – Dann sagen Sie: Montag.

Manchmal kann Opposition auch dadurch Stärke beziehen, dass sie Dinge sagt, die sachlich richtig sind. Das könnte ja auch mal ein Weg sein. – Dies als kleiner Tipp.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist aber in Ordnung. Man kann es auch anders sagen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

– Ja, man kann es auch anders machen. Man kann auch herumbrüllen.

Wir haben jetzt mit den Schulen diese Vorbereitungszeit verabredet. Seit Mitte letzter Woche laufen die Gespräche. Die SchulMail ging heute heraus. Alle richten sich darauf ein. Am 22.02. geht es los.

Und jeder weiß heute schon: Wenn die Inzidenz unter 50 sinkt, werden wir Schritt für Schritt weitergehen. Dann werden wir über die 5., die 6., die 7. und die weiteren Klassen sprechen. Geordnet und transparent mit den Akteuren gesprochen ist besser, als schnelle Daten einfach herauszuhauen.

Jetzt geht es um die Frage ...

(Unruhe)

– Die AfD murt auch. Egal, wer da murt: Es ist ein geordnetes Vorgehen,

(Zurufe von Thomas Röckemann [AfD] und Dr. Christian Blex [AfD])

das gut für alle ist, die in diesem schwierigen System arbeiten.

Wir wissen schließlich, was dieser Wechselunterricht für Schulen bedeutet. Gleichzeitig Notbetreuung und Wechselunterricht sicherzustellen, ist ein höchst ambitioniertes Ziel, das eine sorgsame Vorbereitung braucht.

Das zweite große Thema sind die Friseure. Jetzt könnte man sagen: Mein Gott, habt ihr keine anderen Probleme als Friseure? – Wir haben, wie die Abgeordneten wahrscheinlich auch, von vielen Menschen Briefe bekommen – nicht von den Friseuren; die Friseure haben auch demonstriert; das tun viele –, in denen diese Menschen einmal beschrieben haben,

was es gerade für ältere Menschen, die sich vielleicht nicht mehr gut bewegen können, persönlich bedeutet, Hilfe durch die Fußpflege und durch die Friseure zu haben.

Das ist für uns Jüngere gar nicht nachvollziehbar. Von mir aus können die Haare noch ein bisschen länger wachsen. Das sieht dann zwar nicht mehr so toll aus. Aber ich ertrage das. Ich bin auch kein Bundesligaspieler. Insofern kann ich auch mal mit längeren Haaren herumlaufen.

Das, was wir witzig finden, ist aber für viele Menschen eine ganz existenzielle, ernste Frage, die auch zu psychischen und gesundheitlichen Schäden führen kann.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir – jenseits aller Öffnungsdiskussionen – entschieden, dass zum 1. März eine Öffnung der Friseursalons und der Fußpflege überall in Deutschland und auch bei uns in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird.

(Thomas Röckemann [AfD]: Helau!)

– Das mögen Sie so nennen. – Es ist schließlich wichtig, auch auf Nöte und Bedürfnisse von Menschen einzugehen, die sich nicht so artikulieren können, wie andere das tun,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Unruhe – Glocke)

Menschen zuzuhören und einzelne Notlagen von Menschen, die sie selbst bedrücken und die sie vielleicht gar nicht auszusprechen wagen, als Politik ernst zu nehmen. Und genau das tun wir hier.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden dann bei einer Inzidenz von 35 pro 100.000 Einwohner die weiteren Schritte der Öffnung besprechen. Das betrifft besonders den Einzelhandel, die Museen und Galerien, die heute noch geschlossen sind, und die körpernahen Dienstleistungen. Wir werden auch Wege finden, wie wir bei Kultur, Sport in Gruppen, Freizeit und Gastronomie ab dem 3. März weiter vorangehen.

Das heißt: Wir bitten alle Bürgerinnen und Bürger, weiterhin ihre sozialen Kontakte auf das absolute Minimum zu reduzieren, zu Hause zu bleiben, wenn es geht, so viel Homeoffice zu ermöglichen, wie irgend denkbar ist, und natürlich beim Einkaufen, bei Arztbesuchen und im öffentlichen Nahverkehr weiterhin eine medizinische Maske zu tragen.

Als Land stellen wir für 8,7 Millionen Euro medizinische Masken für Bedürftige zur Verfügung. Sie werden über die bewährten sozialen Anlaufstellen schnell und unbürokratisch verteilt.

Ich möchte an einem solchen Tag wie heute, an dem wir alle auffordern, zu Hause zu bleiben, auch noch einmal sagen:

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Es gibt viele Menschen in diesem Land, die kein Zuhause haben, sondern wohnungslos oder obdachlos sind. Diesen Menschen müssen wir im Moment eine besondere Zuwendung zuteilwerden lassen.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Ich habe in der Silvesternacht den Kältebus in Köln besucht. Dort werden Menschen aufgenommen, die bei all dem, was wir tun, leicht vergessen werden.

Hier einen besonderen Schwerpunkt zu setzen, haben sowohl der Sozialminister Karl-Josef Laumann

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

als auch viele Kommunen, Hilfswerke und Vereine im Blick. Zusammenhalt heißt, auch an diejenigen zu denken – gerade bei diesen Temperaturen –, die diese Hilfe dringend benötigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der dritte wichtige Punkt sind die Alten- und Pflegeheime. Viele Menschen dort haben den Lebensmut verloren. Wir haben darüber gesprochen, dass wir im letzten Frühjahr Einsamkeit auch dadurch erzeugt haben, dass niemand in die Einrichtungen hineindurfte.

Heute sind wir weiter. Seit dem Herbst haben wir umfangreiche Schnelltests für Bewohner, Beschäftigte und Besucher von Altenheimen bereitgestellt. Die Einrichtungen haben auch riesige Anstrengungen unternommen, um das alles möglich zu machen.

Es ist mit mobilen Teams gelungen, in den 2.300 Alten- und Seniorenheimen die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Bediensteten zu impfen. In diesen Tagen erhalten die Letzten dort ihre zweite Impfung. Damit haben wir eine Schutzmauer errichtet, die keine Mauer der Distanz ist, sondern eine medizinische Mauer mit Impfungen und die es ermöglicht, dass diese Vulnerablen nicht Opfer der Pandemie werden.

Viele haben uns dann geschrieben – gerade Abgeordnete haben uns das immer wieder geschildert –: Es gibt aber auch noch Einrichtungen, die kein Alten- und Pflegeheim sind, sondern eine Seniorenwohnanlage, eine Seniorenresidenz, was auch immer, wo viele ältere Menschen zusammenleben. – Diese Einrichtungen waren bisher nicht erfasst. Karl-Josef Laumann hat jetzt veranlasst, dass auch dort in den nächsten Tagen mobile Teams diese Gruppe schützen, damit der 79-Jährige, der knapp unter der Altersgrenze ist, nicht auf das Impfzentrum warten muss, sondern jetzt ebenfalls sehr schnell Hilfe erfährt.

Der Impfstart ist gelungen. Bis gestern sind trotz des Wetters und vieler Probleme über 900.000 Coronaschutzimpfungen durchgeführt worden. Mehr als eine halbe Million Menschen haben eine erste, knapp

400.000 auch bereits eine zweite Impfung erhalten. Und Woche für Woche – auch jetzt an diesen Tagen – werden 70.000 Menschen in den Impfzentren geimpft.

Jeder hat einen Termin bekommen. 1,3 Millionen Termine für Erst- und Zweitimpfungen wurden vergeben und sind weiterhin, wenn noch jemand nachträglich anruft, vorgesehen.

Ich komme zum letzten Punkt, der dramatisch geworden ist. Da haben die parteiübergreifenden Appelle aller geholfen, glaube ich. Die Wirtschaftshilfe bzw. die Überbrückungshilfe, die zugesagt war, hat viel zu lange gedauert. Das war, wie ich inzwischen weiß, auch einem gewissen Perfektionismus geschuldet; denn dann wurde noch auf diese Gruppe und jenes Problem hingewiesen, und der Finanzminister und der Wirtschaftsminister haben dieses und jenes noch problematisiert. Man hat letztendlich so lange diskutiert, dass die Antragsformulare, die wichtige Voraussetzung für den Start sind, viel zu spät gekommen sind.

Das ist jetzt Vergangenheit. Seit gestern ist klar: Die Anträge können gestellt werden. Abschlagszahlungen werden noch in den nächsten Februartagen gezahlt. Daher können wir jetzt wirklich mit aller Kraft hoffen, dass insbesondere die Einzelhändler, die bisher noch keinerlei Hilfe erhalten haben, sehr schnell Unterstützung in dem entsprechenden Umfang bekommen, notfalls mit Abschlagszahlungen, damit sie diese Pandemiezeit überleben können.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das ist ein wichtiger Schritt, der gestern gelungen ist.

Der letzte Koalitionsausschuss der Großen Koalition ... Ich habe ja jetzt die Freude, in zwei Koalitionsausschüssen sitzen zu dürfen. Mit euch ist es etwas netter.

(Heiterkeit – Beifall von Christof Rasche [FDP])

Aber die Kollegen der SPD leisten auch im Bund gute Arbeit.

(Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

– Im Bund.

(Heiterkeit)

Das Entscheidende – das war eine große Gemeinsamkeit, die sicher auch hier im Haus Unterstützung von allen Fraktionen genießt – ist das Programm NEUSTART KULTUR. Die Bereitstellung von 1 Milliarde Euro gerade für kulturelle Initiativen ist etwas, was vielen Kulturschaffenden auch in Nordrhein-Westfalen helfen wird. Wir denken noch einmal darüber nach, was wir als Land noch tun können, um gerade diese Gruppe hier nicht zu vergessen.

Sie sehen: Es war gestern eine konstruktive Konferenz. Wir sind weitergekommen. Noch sind wir in der Phase der Ungewissheit. Aber wenn wir die Schritte so behutsam gehen, wie ich das gerade beschrieben habe, werden wir im März schon ganz anders auf das Geschehen blicken können als am heutigen Tag, denke ich. – Vielen Dank und gute Beratungen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die SPD spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender Kutschaty.

Thomas Kutschaty* (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bis in die Abendstunden hat die Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs gestern gedauert. Wir alle konnten bei der anschließenden Pressekonferenz in den Gesichtern der dort Sitzenden auch erkennen: Das war ein schwieriger Prozess und keine leichte Diskussion.

Ich weiß, dass es allen Beteiligten nicht leichtgefallen ist, da zu Verständigungen zu kommen. Das respektiere ich und erkenne ich ausdrücklich an.

Ich werde auch nicht müde, bei jeder Landtagsdebatte, die wir nach einer solchen Konferenz führen, zu sagen: Ja, auch die SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag trägt diese Beschlüsse, auch wenn sie teilweise hart und unpopulär sind, mit. – Wir tragen sie mit und unterstützen das. Das ist unsere staatspolitische Verantwortung, die wir auch dieses Mal wieder sehr gerne wahrnehmen, meine Damen und Herren.

Meine Bitte an die Landesregierung ist nur: Tragen auch Sie diese Beschlüsse bitte komplett und einheitlich mit. Vermeiden Sie bitte ein solches Durcheinander, wie wir das nach der letzten MPK bei der Frage Homeoffice, ob das gut ist oder nicht, hatten. Ich glaube, es steht uns allen gut zu Gesicht, uns gemeinsam für diese harten Maßnahmen stark zu machen.

Gerade weil wir diese Beschlüsse mittragen wollen, bin ich doch von einem Ergebnis enttäuscht; das will ich hier deutlich sagen. Bei viel Verständnis für das, was da verhandelt worden ist – auch von Ihnen, Herr Laschet –, unterscheiden wir uns doch an einer Stelle: Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass wir von dieser kurzfristigen Schluckaufpolitik wegkommen müssen und eine langfristige Strategie brauchen. Das unterscheidet uns dann doch sehr deutlich von Ihnen und Ihren heutigen Aussagen.

(Beifall von der SPD)

Wo ist nämlich die Perspektive für die psychisch schwer unter der Vereinsamung leidenden Men-

schen? Bitte lassen Sie uns diese Menschen nicht vergessen. Perspektivlosigkeit halte ich für extrem gefährlich.

Sie selbst, Herr Laschet, haben im November hier noch angekündigt, dass bis Januar eine Strategie erarbeitet werden sollte, um auch langfristige Wege aufzuzeigen, wie es aus dieser Krise herausgehen kann. Wo ist diese Strategie? Passiert ist offensichtlich nichts.

Im Beschlusstext der Ministerpräsidentinnenkonferenz von Ende Januar, also der vorangegangenen, heißt es dazu ja auch, dass die Chefinnen und Chefs der Staatskanzleien beauftragt worden sind, genau einen solchen Strategieplan zu erarbeiten. Wo ist denn der Strategieplan, Herr Liminski? Das war doch der Arbeitsauftrag an Sie. Nichts ist übriggeblieben.

Das bisschen Hoffnung, das wir als Perspektive ansatzweise erkennen können, besteht für den Einzelhandel, weil Sie dort einen Inzidenzwert von 35 einführen. Aber warum nur für den Einzelhandel? Auch andere Branchen, andere Unternehmen wollen ein Licht am Ende des Tunnels sehen, bei welchen Werten was kommen kann. Ich glaube, diese Hoffnung muss man auch tatsächlich geben.

Es gibt keine konkreten Vorschläge aus dieser Runde. Es gibt auch keine Vorschläge aus Nordrhein-Westfalen, zumindest nicht von dieser Landesregierung.

Herr Stamp hat seine persönliche Meinung auch zu Phasenplänen vorgestellt. Herr Rasche forderte noch letzten Dienstag von der Landesregierung einen solchen Phasenplan. Herr Löttgen erteilt diesen Plänen insgesamt eine klare Absage.

Wir müssen über einen klaren Fahrplan sprechen. Wir brauchen Verlässlichkeit und Perspektive – bei allen Unwägbarkeiten, die wir auch haben werden. Auch so ein Phasenplan ist dynamisch. Er wird sich verändern müssen. Da kann auch immer noch viel dazwischenkommen, aber wir brauchen diese klaren Positionen.

Die werden übrigens nicht allen Menschen gefallen – ich weiß, da kann man sich auch unbeliebt machen –, aber es ist wichtig; denn wir brauchen diese Motivation, um durchzuhalten. Der Motor der Disziplin, die wir von allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes einfordern, heißt Hoffnung, und ohne Hoffnung wird es nicht laufen.

Wir werden diese Hoffnung nicht immer erfüllen können. Auch das will ich durchaus einräumen. Ich will aber darauf hinweisen, dass wir den Menschen über Monate hinweg Folgendes erklärt haben: Die magische Zahl ist ein Inzidenzwert von 50. Ab da haben wir die Situation wieder im Griff. Die Gesundheitsämter können dann die Kontaktnachverfolgung gewährleisten.

(Zuruf von der AfD: Das sind doch alles Märchen!)

Frau Reker in Köln erzählt übrigens, schon bei Inzidenzwerten von 100 könne man das mittlerweile alles nachverfolgen.

Jetzt, wo wir kurz vor der Schwelle stehen, reduzieren wir den Wert auf 35. Ich verstehe das. Ich kann nachvollziehen, warum ein solcher Zusatzwert von 35 eingezogen worden ist. Wir brauchen auch aufgrund der Mutationen einen zusätzlichen Puffer.

Deswegen ist es auch wichtig, dass wir nicht nur im niederländischen Grenzgebiet positive Coronatests auf Mutationen überprüfen. Das muss Standard werden. Im ganzen Land muss jeder positive Coronatest auf Mutationen überprüft werden.

(Beifall von der SPD)

Aber wenn wir jetzt neue Werte einführen und statt der bekannten 50 auf 35 gehen – wie gesagt, ich will das nicht kritisieren, ich halte das für sinnvoll, was Sie gesagt haben; die Risiken sind groß –, dann müssen wir das deutlicher erklären. Das halte ich für ganz wichtig.

Herr Dr. Stamp, bei Ihrem gestrigen WDR 5-Interview haben Sie gesagt: In Südafrika ist die Situation trotz der Mutation besser als in Deutschland. – Angesichts der Todeszahlen in Südafrika stimmt das leider nicht. Die Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes hören sich auch anders an.

Aber gerade dieses Interview zeigt noch einmal, wie wichtig es ist, den Bürgerinnen und Bürgern sehr genau zu erklären, warum diese Mutationen so gefährlich sind. Wir müssen ihnen erklären, warum wir unser Versprechen, den Inzidenzwert 50 als Maßstab zu setzen, jetzt einfach nicht mehr halten können. Wenn wir das gut erklären, dann werden es die Menschen auch akzeptieren. Davon bin ich überzeugt. Aber diese Akzeptanz brauchen wir. Das ist nämlich unser kostbarstes Gut im Kampf gegen die Pandemie.

Deswegen lade ich Sie auch herzlich ein, gemeinsam mit uns noch einmal über unseren Antrag und über Wege aus der Krise zu diskutieren.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir brauchen Perspektiven. Wir brauchen Klarheit. Deswegen werden wir unseren Stufenplan, den wir am Dienstag vorgestellt haben, auch nicht fallen lassen. Wir werden ihn immer wieder zur Diskussion stellen und einbringen. Wir werden ihn fortlaufend überarbeiten.

Immer mehr Länder entwickeln jetzt solche Stufenpläne. Aus anderen Landtagen, aus anderen Landesregierungen kommen solche Ideen. Ich meine, wir dürfen nicht länger darüber hinwegsehen. Wir sind bereit, auch über Ihre Vorschläge dazu zu diskutieren.

Aber zu einem bin ich nicht bereit – das sage ich auch ganz deutlich –: nichts zu tun. Nichtstun ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten keine Option in dieser schwierigen Krise.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir von ganz vielen Menschen erwarten, dass sie diese harten Einschnitte mittragen, obwohl wir wissen, dass sie genau wegen dieser Maßnahmen ihre Arbeit und ihre Wohnung verlieren können, ihre Dienstleistungen nicht mehr nachgefragt werden dürfen und sie aufgrund von Kurzarbeit auch auf Einkommen verzichten müssen.

Deswegen war die Plenarsitzung am Dienstag schon etwas Besonderes. Alle Oppositionsfraktionen haben konkrete Vorschläge gemacht. Die regierungstragenden Fraktionen haben sich aber darauf beschränkt, uns zu erklären, warum sie unseren Vorschlägen nicht zustimmen werden. Verzeihen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das ist zu wenig. Wir sind den Menschen eine Perspektive schuldig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Perspektive ist gerade im Bereich der Bildungspolitik dringend erforderlich. Deswegen haben wir heute zwei umfangreiche Anträge zum Thema „Schule“ sowie zum Thema „Kinder- und Jugendarbeit“ eingebracht, über die wir dann noch weiter beraten können. Denn auch junge Menschen brauchen in dieser schwierigen Zeit eine Perspektive.

Ich begrüße ausdrücklich das, was Sie, Herr Laschet, aber auch Sie, Frau Gebauer, gestern Abend bei der Pressekonferenz angekündigt haben, nämlich dass Sie jetzt wieder mit vorsichtigen Öffnungen im Schulbereich beginnen wollen. Dabei haben Sie uns an Ihrer Seite; denn junge Menschen brauchen Bildungsangebote.

Wir sprechen uns klar für einen Wechsel- und Schichtunterricht an nordrhein-westfälischen Schulen aus; und das übrigens – ich erlaube mir diese Bemerkung – nicht erst seit heute, denn wir hatten die Erkenntnis schon vor vielen Monaten, dass das eine sinnvolle Lösung ist.

(Beifall von der SPD)

Das kann gelingen. Und es ist so wichtig. Denn Schreiben, Lesen, Rechnen, das kleine Einmaleins, das kann ich einfach nicht im Distanzunterricht lernen. Deswegen ist es wichtig, Kindern die Möglichkeit ...

(Zurufe von der CDU)

– Was ist los bei euch? Seid ihr nervös, wenn ich über Schulpolitik rede? Das kann ich verstehen.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE] – Lachen von der CDU)

Aber wir müssen all die Maßnahmen, die wir jetzt in den Schulen wieder erlauben wollen – was gut und richtig ist –, mit zusätzlichen Sicherheitsnetzen flankieren.

Es besteht eine hohe Akzeptanz und Unterstützung, im Wechsel- und Schichtbetrieb den Schulunterricht wieder ans Laufen zu kriegen. Deswegen sage ich: Wir brauchen Abstand. Wir brauchen medizinische Schutzmasken. Wir brauchen Lüftungsgeräte, und wir brauchen auch flächendeckende Tests. Wir sind es all denjenigen schuldig, die wir demnächst wieder in die Schulen schicken, dass diese Möglichkeiten eröffnet werden.

(Beifall von der SPD)

Als Solingen bei einem Inzidenzwert von über 200 genau das tun wollte, Wechselunterricht machen wollte, hat die Landesregierung das verboten, weil Sie meinten, das dürfte – wörtlich – nur schulscharf erfolgen.

Jetzt, wo sich immer mehr Kommunen einem Inzidenzwert von 50 nähern – damals war Solingen weit über 200 –, sind flächendeckende Schulschließungen natürlich nicht mehr vertretbar. Es hätte längst erfolgen müssen, über Wechselunterrichtsmodelle auch hier in Nordrhein-Westfalen nachzudenken, Frau Gebauer.

(Beifall von der SPD)

Dann hätten wir auch nicht die Frage diskutieren müssen, ob der 15.02. oder der 22.02. der entscheidende Tag ist. Ich will mich mit Ihnen auch nicht über drei, vier, fünf oder sieben Tage streiten. Wir sind alle froh für die Kinder, dass es jetzt wieder losgehen kann. Ich weiß, dass viele Schulen sich schon darauf eingestellt haben und auch schon vor dem 22. hätten loslegen können.

Da wir aber Ihre bisherige schnelle Ankündigungspolitik kannten und dachten, Sie legten ruckzuck wieder los, hatten wir eigentlich den Beginn am 15.02. erwartet. Wenn Sie jetzt sagen, wir bräuchten mehr Vorlauf, dann akzeptieren wir das. Das ist gut.

Das ist aber eine Erkenntnis, die Gott sei Dank bei Ihnen jetzt gereift ist. Auch da haben Sie uns an Ihrer Seite. Schulen brauchen Planung und Verlässlichkeit, und deswegen ist eine angemessene Vorlaufzeit – so wie es übrigens auch in unserem Antrag steht –, unverzichtbar. Es ist auch gut, dass wir das machen können.

(Beifall von der SPD)

Aber es geht nicht nur um die Frage, wann wir die 1., 2., 3., 4. Klassen oder die Abschlussklassen wieder unterrichten können. Wir müssen uns in diesen Tagen auch Gedanken darüber machen, wie es mit dem Schulunterricht insgesamt weitergeht.

In unserem Antrag haben wir 17 konkrete Vorschläge gemacht. Wir debattieren den Antrag an dieser Stelle nicht in allen Einzelheiten, deswegen will ich das auch nicht an jedem kleinen Detail deutlich machen, aber es gibt einige Punkte, die für uns wichtig sind.

Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Jahr kein Kind sitzenbleibt. Kinder können nichts dafür, dass sie bestimmten Unterrichtsstoff nicht lernen konnten. Sie hatten keine Chance, sich kurz vor den Zeugnissen noch zu verbessern. Die Leidtragenden dürfen nicht die Kinder sein – das darf nicht sein.

Wir brauchen für Abschlussklassen eine Freischussregelung. Ich meine, das hilft dabei, die angespannte Psyche der Schülerinnen und Schüler deutlich zu lösen.

Ich möchte aus einer der vielen E-Mails zitieren, die ich gestern bekommen habe – vielleicht hat der ein oder andere von Ihnen sie auch bekommen. Ein junger Mann, der in diesem Jahr Abitur machen möchte, schreibt mir, dass er das Schuljahr unbedingt freiwillig wiederholen wolle. Er habe Angst – wörtlich – auf die Fresse zu fallen. – Ein freiwilliges Wiederholen lässt unsere Rechtslage aber nicht zu. Warum eigentlich nicht, Frau Gebauer? Warum helfen wir den jungen Menschen nicht mit solchen Chancen? Springen Sie über Ihren Schatten und ändern Sie dort etwas.

(Beifall von der SPD)

Frau Gebauer, ich habe vorhin in einer Einladung gelesen, dass Sie um 16 Uhr die Presse darüber unterrichten würden, wie es mit der Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen weitergehe. – Auch wir haben großes Interesse daran, das zu hören.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Richtig!)

Insbesondere würde ich gerne meiner 13-jährigen Tochter, die in der 9. Klasse ist, heute Abend, wenn ich nach Hause komme, erzählen können, wann sie wieder in den Unterricht darf. Wie ist da Ihre Perspektive? Was ist Ihr Plan? Wir erwarten von Ihnen, dass Sie nicht nur um 16 Uhr die Presse informieren, sondern gleich ans Redepult treten und uns darüber unterrichten, wie es weitergehen soll.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe gerade gesagt, dass Selbsttests bzw. Schnelltests Instrumente seien, um für mehr Sicherheit an Schulen zu sorgen. Ich habe mir heute Morgen noch mal die Angebotslage angeschaut. Für vier Euro kann man die Speicheltests mittlerweile erwerben. Das schafft ein hohes Maß an ...

(Das Mobiltelefon von Peter Biesenbach, Minister der Justiz, ist zu hören.)

– Herr Biesenbach, Ihr Handy klingelt. Welches?

(Beifall und Heiterkeit von der SPD – Christian Dahm [SPD]: Das war das private!)

Schnelltests sind entscheidend. Wenn wir mehr Menschen mit flächendeckenden Tests versorgen, erlauben wir in vielen Bereichen eine schnellere Rückkehr zur Normalität. Das bedeutet nicht nur Selbstsicherheit, sondern ist auch eine verfassungsrechtliche Pflicht für uns.

Diese Tests brauchen wir in Kindertagesstätten. Ich finde es positiv, Herr Dr. Stamp, dass Sie gesagt haben, dass Sie den Erzieherinnen und Erziehern – ich meine, zweimal die Woche – ermöglichen würden, Tests zu machen. – Das ist gut, und das ist richtig.

Der Ministerpräsident hatte gerade angesprochen, dass im Schulbereich Lüftungsgeräte möglich seien. – Das fehlt in unseren Kitas noch. Es darf keine Trägerfrage sein, ob Kinder in Kitas Lüftungsgeräte haben oder nicht. Es kann nicht der entscheidende Punkt sein, ob ich ein reichen Kitaträger habe oder nicht, ob ich einen reichen Elternförderverein habe oder nicht. Lüftungsgeräte gehören auch in Kitas und nicht nur in Schulen. Das ist Landesaufgabe, Herr Dr. Stamp. Kümmern Sie sich auch um Lüftungsgeräte für unsere Kitas.

(Beifall von der SPD)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir bezüglich der Mittel aus unserem Rettungsschirm darüber nachdenken sollten, wie wir sie dafür nutzen könnten, um Familien und Kindern deutlich zu helfen. Ich bin sehr dankbar, dass der von Ihnen gerade erwähnte Koalitionsausschuss – der in Berlin auch das ein oder andere Gute verabschiedet – zusätzlich einen Kinderbonus von 150 Euro beschlossen hat. Ich finde, es stünde uns gut zu Gesicht, wenn wir das in Nordrhein-Westfalen auf 300 Euro aufstocken würden. Familien mit Kindern leiden im Augenblick sehr. Eine kleine finanzielle Entschädigung in diesem Bereich ist dringend nötig – und deswegen sollten wir diese Chance auch nutzen.

(Beifall von der SPD)

Ich spreche das auch deswegen an, weil jedes fünfte Kind in Nordrhein-Westfalen in Armut lebt; 20 % unserer Kinder leben in Armut. Wir alle haben die Zahlen und wissen, welche Mehraufwendungen für diese Familien coronabedingt entstehen. Deswegen hat mich die Umfrage des Landeselternrats aus der vergangenen Woche so erschüttert. Gerade an den Schulen mit den größten Herausforderungen gibt es die wenigsten Lösungen. Nur 30 % der Haupt- und Realschulen konnten ihren Schülerinnen und Schülern Tablets anbieten, bei den Gymnasien ist die Quote mit 60 % doppelt so hoch. Corona treibt die Schere zwischen Arm und Reich bei der Ausstattung der Schulen auseinander. Das muss sofort ein Ende haben. Haupt- und Realschulen müssen genauso angemessen ausgestattet sein wie Gymnasien. Das sind wir den Kindern in unserem Land schuldig.

(Beifall von der SPD)

Herr Dr. Stamp, ich will noch mal die Kita-Gebühren ansprechen. Ich finde es gut, dass es für Januar die Lösung gegeben hat, den Eltern die Kita-Gebühren zu erstatten. Das ist für viele Familien keine Kleinigkeit. Das Geld hätte sonst an anderer Stelle eingespart werden müssen. Aber ich erwarte das auch für den Monat Februar von Ihnen. Was ist das für ein Signal an die Eltern? – Ihr habt wochenlang durchgehalten, ihr habt eure Kinder aufgrund ministerieller Empfehlungen nicht in die Kitas geschickt, ihr sollt aber trotzdem die Gebühren zahlen. Herr Stamp, ich erwarte von Ihnen heute eine klare Aussage dazu, dass die Gebühren für die Eltern auch für den Februar gestrichen werden.

(Beifall von der SPD)

Wenn der Lockdown in vielen Bereichen verlängert wird und es berufliche Einschränkungen gibt, müssen wir den Eltern Möglichkeiten bieten, ihre Kinder betreuen lassen zu können.

An einem Punkt möchte ich den Beschluss der Ministerpräsidentinnenkonferenz kritisieren. Unter Punkt 12 wird die Auszahlung der November- und Dezemberhilfen gelobt. Dieses Lob ist vielleicht etwas überschwänglich formuliert. Wir alle wissen, mit welchen erheblichen Schwierigkeiten wir zu kämpfen hatten – Sie haben gerade selbst darauf hingewiesen, Herr Laschet. Ein bisschen mehr Einsichtsfähigkeit und Demut in dieser Runde wäre nicht schlecht gewesen.

Wir haben gehört, dass Bundeswirtschaftsminister Altmaier gestern die Website für die Anträge hat freischalten lassen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Immerhin, das ist ein gutes Signal, und es ist gut, dass das erreicht werden konnte. Digitalisierung ist eben noch im Aufbau.

Herr Laschet, Sie haben am Dienstag hier gesagt, dass es eigentlich völlig egal sei, welcher Minister blockiert habe, wichtig sei nur, dass etwas passiere. – Da haben Sie völlig recht. Nachdem wir das am Dienstag hier besprochen hatten, habe ich am Mittwoch den Telefonhörer in die Hand genommen, mit dem Bundesfinanzminister und Vizekanzler gesprochen und ihn gebeten, sich für eine schnelle Auszahlung einzusetzen.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Er hat mir gesagt, dass das Geld im Bundesfinanzministerium längst zur Abrufung bereitstehe.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Es wäre jetzt Ihre Aufgabe gewesen, Herr Löttgen, bei Herrn Altmaier anzurufen und dafür zu sorgen, dass er es auch ausgeben und verteilen kann.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wenn Sie Ihre Hausaufgaben genauso machen würden, wie wir bezüglich unserer Politiker in Berlin und auf das Gaspedal treten würden,

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

müssten wir hier keine Schuldfragen mehr diskutieren, sondern hätten für die Unternehmen eine ganze Menge erreicht.

(Beifall von der SPD)

Zumindest diese Gemeinsamkeit sollten wir uns bewahren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender Löttgen.

Bodo Löttgen* (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kutscatzy, wir als CDU-Fraktion haben dem Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz mehrere Briefe geschrieben und ihn gebeten, die Bedingungen zu ändern und auszuwählen. Wir haben bis heute keine Antwort erhalten.

(Beifall von der CDU – Nadja Lüders [SPD]: Sie sollten besser den Altmaier anrufen! – Christian Dahm [SPD]: Falscher Adressat, Herr Kollege!)

Insofern sind wir unserer Aufgabe nachgekommen. Es ist gut, dass Sie zwei Minuten vor Toresschluss den Bundesfinanzminister anrufen,

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

aber Ihre Aussage „Weil ich angerufen habe, ist gestern die Entscheidung gefallen.“ glaubt in diesem hohen Haus kein Mensch.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Christian Dahm [SPD]: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Sie haben gefragt, warum Heiterkeit in den Reihen entstanden sei, als Sie über Schulpolitik geredet hätten. – Das will ich kurz aufklären: Sie haben zur Bedeutung des Lesens und Schreibens ausgeführt. Da haben wir noch nicht gelacht, aber beim Rechnen mussten wir mit Blick auf Tagesordnungspunkt 2 ein wenig schmunzeln. Sie wissen warum, ansonsten weiß es keiner – und damit soll es auch gut sein.

(Beifall von der CDU)

Zur Schulpolitik noch eine Bemerkung: Nicht das Instrument, worum es geht, ist wichtig, sondern auch der Zeitpunkt. Als Sie Wechselunterricht eingefordert haben, war Präsenzunterricht die bessere Alternative. Heute ist Wechselunterricht die bessere Alternative

zu Homeschooling und Distanzunterricht. Das ist der Unterschied, um den es tatsächlich geht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ein Letztes als Vorbemerkung, nämlich zum Thema „Kitagebühren“. Sie haben von allen Eltern gesprochen. Ich bin gerne bereit – das sage ich auch für die CDU-Fraktion –, über einen geringeren Betrag zu sprechen, aber spitz abgerechnet. Denn es gibt Kindertagesstätten, in denen 30 %, 40 %, 50 % der Kinder zwar nicht die übliche Leistung bekommen, aber sie bekommen eine Leistung. Denjenigen jetzt zu sagen: „Ihr bekommt diese Leistung, aber wir schenken sie euch“, während andere diese Leistungen nicht bekommen können, empfinde zumindest ich als nicht gerecht. Deswegen können wir gerne über eine Spitzabrechnung reden, aber eine generelle Freistellung sehe ich zumindest zu diesem Zeitpunkt als schwierig an.

(Beifall von der CDU)

Weitere 24 Tage im sogenannten harten Lockdown liegen vor uns. Obwohl den meisten die Notwendigkeit dieser Maßnahmen, die eben noch einmal erläutert wurde, klar ist, werde ich wie viele andere sicherlich die Tage bis zum 7. März zählen.

In ganz unterschiedlicher Art und Weise greift eine Art Coronamüdigkeit um sich, die zu einer ebenso großen Gefahr werden kann wie das Virus selbst. Gerade jetzt in dieser Auseinandersetzung mit dem Coronavirus brauchen wir das, was Sportlerinnen und Sportler gerne die „zweite Luft“ nennen. Jetzt ist in besonderer Weise der Zusammenhalt gefordert, denn nur mit gemeinsamer neuerlicher Kraftanstrengung und Disziplin können wir erreichen, dass die Zahl der Neuinfektionen unter einen Wert zurückgedrängt werden kann, dem die erhofften Öffnungsschritte folgen.

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben das gestern gemeinsam mit der Bundeskanzlerin als Zusage an alle so formuliert:

„Aus heutiger Perspektive – insbesondere vor dem Hintergrund der Unsicherheit bezüglich der Verbreitung von Virusmutanten – kann der nächste Öffnungsschritt bei einer stabilen Sieben-Tage-Inzidenz von höchstens 35 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner durch die Länder erfolgen.“

Heute vor 24 Tagen lag die Sieben-Tage-Inzidenz in Nordrhein-Westfalen bei 120,5. Heute liegt sie bei 62,7. Würden wir es schaffen, diesen Wert in den kommenden 24 Tagen bis zum 7. März erneut zu halbieren, lägen wir stabil bei einer Inzidenz von unter 35. Bei verlässlichen Werten unterhalb dieser Begrenzung können der Einzelhandel, Museen, die noch geschlossenen körpernahen Dienstleistungen unter strengen hygienischen Bedingungen wieder

öffnen, Sport in Gruppen könnte wieder stattfinden. Das ist doch ein klares und erreichbares Ziel, für das sich jede Anstrengung lohnt.

Dennoch bedeuten die nächsten Wochen für diejenigen, die nun dieses Ziel vor Augen haben, für Einzelhandel, Selbstständige, Freiberufler und Kulturschaffende, eine weitere Durststrecke. Deshalb war es von wirklich großer Bedeutung für sie, dass am gestrigen Tag – ich füge nach der Debatte am Dienstag hinzu: endlich – die Beantragung der Gelder für die Überbrückungshilfe III ermöglicht wurde. Abschlagszahlungen bis zu 400.000 Euro verbunden mit dem Versprechen der Auszahlung ab kommenden Montag schaffen die notwendige Liquidität. Ich verbinde dieses Versprechen mit der Hoffnung, dass das gewählte Verfahren keine überbordende Bürokratie mit sich bringt, sondern seinem Namen gerecht wird: Hilfe, wo Hilfe notwendig ist.

Auch bei einem zweiten Punkt hält die Landesregierung, was sie versprochen hat. Ministerpräsident Armin Laschet und Schulministerin Yvonne Gebauer haben gestern Abend den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch den Eltern eine klare Perspektive mit ausreichender Vorbereitungszeit gegeben. Die Grundschulen starten ab Montag, den 22. Februar, mit einem neuen Wechselmodell, das intensiv mit allen am Schulleben Beteiligten abgesprochen wurde. Damit macht NRW den zugesagten Schritt, den Armin Laschet am Dienstag noch einmal deutlich gemacht hat, die Jüngsten zuerst in den Fokus zu nehmen, weil die derzeitige Situation gerade sie unter den größten emotionalen, psychischen und sozialen Druck gesetzt hat.

Auch Förderschulen der Primarstufe werden so wieder starten können. Die Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz bringt ausreichend Spielraum für notwendige Prüfungen und Abschlüsse.

Der gestrige Beschluss enthält die zu diesen Maßnahmen passende Bitte, mit der nächsten Fortschreibung der Coronavirusimpfverordnung Beschäftigte in den Kindertagesstätten sowie Grundschullehrerinnen und -lehrer frühzeitiger als bisher vorgesehen in der Kategorie 2 mit hoher Priorität zu impfen. Nordrhein-Westfalen ergänzt dieses durch eine verbesserte Schutzmaßnahme mit jeweils zwei FFP2-Masken pro Tag für Lehrerinnen und Lehrer sowie zwei Tests statt einem Test pro Woche.

Sie haben gesagt, die SPD stehe an unserer Seite. Zumindest für Teile der SPD im Land war das gestern schon vier Stunden vor Bekanntgabe der Ergebnisse zu wenig. Über dpa erreichte uns mit Grüßen aus der anderen Welt die Forderung des Kollegen Jochen Ott: Die Schulen sollen bereits ab kommenden Montag in den Wechselunterricht gehen.

(Jochen Ott [SPD]: Lesen hilft!)

Lieber Kollege Ott, man stelle sich nur einen kleinen Moment vor, die Schulministerin hätte gestern Abend diesen Weg angekündigt. Sie hätten heute in ihrer bekannt sachlichen und ruhigen Art

(Heiterkeit von der CDU)

diese Entscheidung in Grund und Boden kritisiert, alleine weil den Schulen keine ausreichende Vorlaufzeit zur Verfügung stehen würde,

(Jochen Ott [SPD]: Steht im Antrag drin!)

weil die SchulMail ja viel zu spät kommen würde.

(Jochen Ott [SPD]: Die SchulMail ist ja nicht mal da!)

Lieber Herr Ott, mit Ihrer Forderung verunsichern Sie die gesamte Schullandschaft. Was wir alle jetzt überhaupt nicht brauchen können, ist zusätzliche Verunsicherung. Das ist das, was Sie geleistet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Denn wenn diese vor uns liegende gesamtgesellschaftliche Anstrengung von uns gemeistert werden soll, dann müssen doch wir Abgeordnete an vorderster Front der erkennbaren Lagerbildung und Polarisierung entgegenwirken.

(Jochen Ott [SPD]: Dann lesen Sie doch mal den Antrag!)

Die Energie, die wir aufwenden müssen, um im Kampf der Befürworter einer schnellstmöglichen Öffnung von allem gegenüber den Zero-COVID-Anhängern zu befrieden, fehlt uns anschließend im Kampf gegen das Virus.

(Jochen Ott [SPD]: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Was wir überhaupt nicht gebrauchen können – da stimmen Sie mir sicher zu, Herr Ott –, das sind diejenigen, die Verunsicherung als politisches Geschäft betreiben, die verharmlosen und relativieren.

(Jochen Ott [SPD]: Das stimmt!)

In einem Flyer der sogenannten Alternative für Deutschland zu dem aus ihrer Sicht – in Anführungszeichen – unverhältnismäßigen Lockdown ist Folgendes zu lesen – ich zitiere –:

COVID-19 ist eine ernsthafte Krankheit, aber kein Kilovirus.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Laut Zahlen der WHO liegt die Infektionssterblichkeit bei gerade mal 0,23 % und damit nur unwesentlich höher als die der Grippe, 0,20 %.

Meine Damen und Herren, was hier gemacht wird, ist unverantwortlich. Hier wird COVID-19 mit einer normalen Grippe gleichgesetzt. Und dabei wird immer

wieder – auch hier im Plenum, auch am Dienstag – der „ach so

(Christian Loose [AfD]: Sie glauben der WHO nicht, Herr Löttgen? Lügt die WHO? Sagen Sie doch mal, Herr Löttgen! – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU]: Vor dem Schreien Gehirn einschalten!)

tolle“ Forscher John Ioannidis, Professor aus Stanford, zitiert. Bedauerlich ist nur, der behauptet das gar nicht mehr. Zitat aus einem Bericht der „taz“ vom 17.12.2020:

Seit dem 17. März 2020 ist John Ioannidis weltbekannt. Damals errechnete er für die WHO, dass im globalen Schnitt nur 0,23 % der Infizierten sterben. Seitdem ist Ioannidis „Kronzeuge aller, die glauben, Corona sei nicht schlimmer als eine Grippe.“ – Zitat Ende.

Die Datenbasis dieses Professors in Deutschland: sieben Todesfälle in einer Gruppe von 2.000 Menschen, aus der er statistisch diesen Wert errechnet hat. – Urteil der gesamten Wissenschaftslandschaft: unglaublich. – Auch da zwischenzeitlich eine Studie der Forschergruppe von der Dijon University Hospital und die Langzeitdaten der CBC in den USA seine Annahme evidenzbasiert widerlegt haben und nachweisen konnten, dass COVID-19 mindestens dreimal so tödlich wie eine herkömmliche Grippe ist,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

hat dieser Professor aus Stanford seine fehlerhafte Berechnungen längst eingestanden und korrigiert. Zitat aus einer Mail an die „taz“:

„Ich glaube, ein Vergleich mit der Grippe verwirrt nur, weil die Mischung der Fälle unterschiedlich gelagert ist“.

Nur die AfD argumentiert immer noch mit den veralteten und nachweislich falschen Zahlen, weil sie nicht der Versuchung widerstehen können, aus Verunsicherung politischen Profit zu ziehen.

Ihre Zwischenrufe, mit denen Sie die Themen, die der Ministerpräsident angesprochen hat, weil sie viele Menschen tief bewegen, weil die Menschen in Sorge sind, humoristisch kommentiert haben, zeigen genau, in welcher Selbstbestätigungsblase Sie zwischenzeitlich unterwegs sind.

Allerdings durchschauen immer mehr Menschen dieses schäbige Spielchen. Auch hier hat Herr Ioannidis mit dem heutigen Tag seinen Platz als Kronzeuge der AfD für die Verharmlosung der Pandemie und die Relativierung von Todesfällen verloren.

Die demokratischen Parteien in diesem Haus werden weiter geduldig daran arbeiten, dass die AfD zukünftig ihre Plätze in diesem Parlament verliert.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion sage ich unserem Ministerpräsidenten Armin Laschet herzlichen Dank für sein besonnenes, aber zupackendes Verhandeln am gestrigen Tag. Manches, was vor zwei Tagen in diesem Plenum eingefordert wurde, ist mit dem gestrigen bundesweit geltenden Beschluss umgesetzt worden. Anderes wie der Ausbau einer effektiven und akzeptierten Lösung für die Kontaktnachverfolgung werden wir jetzt auf den Weg bringen.

Wenn es uns auch dank der Entscheidung unseres Gesundheitsministers gelingt, zukünftig sieben statt sechs Impfdosen pro Vial zu impfen und so die maximal erreichbare Zahl von Menschen insbesondere in vulnerablen Personengruppen zu schützen, und wenn dies durch die rasche Zulassung und Nutzung neuer Testmöglichkeiten gerade bei den Selbsttests flankiert wird, werden sich die Entscheidungen des gestrigen Tages als Startpunkt für die Rückkehr zum normalen Leben erweisen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir heute Morgen auf dem Weg zur Kita oder in die Notbetreuung der Schule fröhliche verkleidete Kinder – ich habe einen kleinen Tiger gesehen; mein Sohn ist als Frosch verkleidet, meine Tochter als Fee – gesehen haben, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Krise für Kinder und Jugendliche extrem belastend ist.

Die gestern vorgestellte Studie des Universitätsklinikums Hamburg zur psychischen Gesundheit von Kindern in der Pandemie ist absolut alarmierend. Vier von fünf Kindern empfinden die Pandemie subjektiv als äußerst belastend. Sieben von zehn Kindern geben eine geminderte Lebensqualität an. Drei von zehn Kindern leiden unter psychischen Auffälligkeiten.

Ich bin deshalb wirklich erleichtert, dass wir inzwischen politischen Konsens darüber haben, dass Kinder und Jugendliche in dieser Krise absolute Priorität haben müssen – übrigens anders als noch im Frühjahr, als in Nordrhein-Westfalen die Möbelhäuser noch vor den Spielplätzen geöffnet wurden.

Wenn die Inzidenzwerte jetzt Lockerungen zulassen, ist meines Erachtens völlig klar, dass das zugunsten von Kindern und Jugendlichen stattfinden muss – oder, anders ausgedrückt, dass wir Erwachsene uns noch länger gedulden müssen. Das sind wir den Kleinsten und den Kleinen in unserer Gesellschaft schuldig, finde ich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dass für die Schulen keine bundesweit einheitlichen Regelungen gefunden wurden, kann man bedauern. Aber klar ist auch, dass Schule in unserem föderalen System nun einmal in der Hoheit der Länder liegt.

Klar ist aber auch, dass mit diesem MPK-Beschluss die Verantwortung dafür, dass Infektionsschutz und Bildungsgerechtigkeit wirklich in Einklang gebracht werden, eindeutig bei der Schulministerin liegt. Hinter den Beschlüssen der MPK oder der KMK kann sich diese Landesregierung in Sachen „Schulen und Kitas“ nicht mehr verstecken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Den Schritt, jetzt zuerst die Grundschulen in Wechselmodelle zu schicken, finden wir Grüne ausdrücklich richtig. Die Kinder haben ihre Schulen seit inzwischen zwei Monaten nicht mehr betreten. Bildungsexpertinnen und -experten weisen uns zu Recht darauf hin, dass dieser Zustand Bildungsungerechtigkeiten produziert, die nur ganz schwer wieder aufzuholen sind.

Wenn wir über Wechselmodelle sprechen, ist die Planungssicherheit für die Schulen und auch für die Schulträger das Gebot der Stunde. Das sind auch die Rückmeldungen, die wir aus den Kommunen bekommen. Denn natürlich sind Wechselmodelle aufwendig. Da geht es auch um Räume und mehr Personal.

Deshalb können wir nicht mit Wechselmodellen für vielleicht zwei oder drei Wochen planen. Vielmehr muss es da um längere Zeiträume gehen – aus unserer Sicht um mindestens bis Ostern angelegte Wechselmodelle für die Grundschulen, für kleine und feste Lerngruppen, für versetzten Unterricht, für zusätzliche Räume und für zusätzliche Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter.

Das können neben den Lehramtsstudierenden zum Beispiel auch die Nachhilfeeinstitute sein, die sich in einem offenen Brief an die Politik gewandt haben. In der Tat brauchen wir eine Bildungsoffensive, in der jetzt alle Kräfte zusammengebunden werden müssen.

Frau Gebauer, nutzen Sie doch diese Ressourcen, damit die Wechselmodelle zu einem echten Erfolgsmodell im Sinne der Kinder und auch der Lehrerinnen und Lehrer in dieser Krise werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

In dem nächsten Schritt stehen dann die weiterführenden Schulen an. Aus unserer Sicht kann auch bei den weiterführenden Schulen der nächste Schritt nur sein, in den Wechselunterricht zu gehen. Regulärer Präsenzunterricht mit vollen Klassen ist für uns in dieser Infektionslage nicht vorstellbar.

(Beifall von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE] und Monika Düker [GRÜNE])

Ich befürchte ein Stück weit, dass die Schulministerin keine verlässlichen Pläne für die weiteren Schulen aus der Schublade ziehen kann, die darüber hinausgehen, nur die Abschlussjahrgänge wieder in die Schulen zu schicken. Es ist sehr bedauerlich, dass es diese Pläne nicht gibt. Aber vielleicht überraschen Sie uns ja gleich noch.

Wir haben in den letzten Monaten ganz viele Zeiten und Ferien der verpassten Chancen erlebt. Das betrifft nicht nur das versenkte Ferienprogramm. Es wäre ausreichend Zeit gewesen, die Vorbereitungen zu treffen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Gebauer, Herr Kutschaty hat schon angekündigt, dass Sie heute um 16 Uhr eine Pressekonferenz haben. Wir Grüne erwarten von Ihnen, dass Sie uns gleich hier in dieser Debatte im Parlament über Ihre Pläne unterrichten. Als Abgeordnete, als Parlamentarierin muss ich ganz deutlich sagen: Es kann nicht sein, dass Sie 30 Minuten nach dem Ende des Plenums vor die Presse treten. Sie sind dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig. Deshalb erwarten wir von Ihnen – vielleicht überraschen Sie uns ja gleich; bislang haben Sie in Unterrichtsungen noch nicht zu uns gesprochen –, dass Sie hier, heute und jetzt in dieser Diskussion gleich Klarheit über die geplanten Schritte zur Öffnung der Schulen schaffen.

(Beifall von den GRÜNEN, Thomas Kutschaty [SPD] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] – Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– Haben Sie schon gemacht, Herr Laschet? Wenn das die Pläne für die Schulen sind, dann gute Nacht für die Schulen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist hoffentlich nicht Ihr Ernst. – Ich hoffe, dass die Schulministerin hier gleich ihre Pläne verkündet und das nicht nur gegenüber der Presse macht, sondern sie hier auch zur Debatte stellt.

(Sarah Philipp [SPD]: Das wäre ja mal was!)

Herr Laschet, weil Sie mich aber schon angesprochen haben, können Sie mir vielleicht direkt einen Widerspruch in Bezug auf die Inzidenzwerte erklären. Denn dabei handelt es sich nicht nur um einen Widerspruch, sondern dort gibt auch einen Erklärungsbedarf gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Bislang haben wir immer einen Inzidenzwert von 50 forciert. Jetzt gehen wir beim Einzelhandel auf einen Wert von 35. Ich finde das sogar schlüssig; dazu komme ich gleich noch. Gleichzeitig sagte aber Frau Gebauer gestern in der Pressekonferenz, dass der

nächste Schritt bei den weiterführenden Schulen bei einem Inzidenzwert von 50 erfolgt. Was denn jetzt?

Meines Erachtens brauchen wir in der Kommunikation einen klaren Wert – 35 oder 50. Ich finde es sogar richtig, auf die 35 zu gehen, weil wir von der Mutation ausgehen müssen. Wir wissen, dass sich die Mutationen weiterverbreiten. Es ist ja nicht nur eine. Sie haben vorhin immer von der einen Mutation gesprochen. Aber wir haben derzeit mehrere Mutationen, von denen wir wissen, dass sie sich ausbreiten.

Deshalb halte ich den Wert von 35 für die Öffnung des Einzelhandels sogar für nachvollziehbar, weil wir alles daransetzen müssen, eine dritte Welle zu verhindern.

Die Politik ist aber gefordert, das klar zu kommunizieren und klar zu erklären, damit keine Missverständnisse entstehen und man im Übrigen auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger nicht verspielt.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Noch kurz zu den Mutationen: Wir müssen inzwischen mehrere Kurven und R-Werte im Blick behalten. Es geht nicht mehr nur um das Virus von 2020, sondern auch um die Mutationen. Wir wissen, dass der R-Wert des Virus von 2020 stark gesunken ist. Wir wissen aber auch, dass sich die Mutationen gerade in einem exponentiellen Wachstum befinden. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir mehr Sequenzierungen vornehmen.

Baden-Württemberg – das haben uns die Kolleginnen und Kollegen von dort bestätigt – macht es uns vor. In Baden-Württemberg hat man ein Netzwerk aus Universitätskliniken und privaten Laboren gesponnen. Dort gibt es ein landesweites Netz. Jeder positive Coronatest wird inzwischen sequenziert. Nicht nur auf die bekannten Mutationen, sondern auch auf mögliche neue Mutationen wird in Baden-Württemberg untersucht. Das finde ich absolut richtig.

Herr Laumann, wir erwarten auch für Nordrhein-Westfalen, dass jeder positive Test sequenziert wird, damit wir ein realistisches Bild über die Ausbreitung der Mutationen bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zurück zum Thema „Inzidenzwert“: Ich finde es ein Stück weit befremdlich, auch angesichts der Mutationen, angesichts des MPK-Beschlusses von gestern, wenn ich auf Twitter sehe – normalerweise bereitet ja Herr Löttgen seine Plenarreden mit der Sichtung von Tweets vor; heute mache ich das mal –, Herr Pinkwart, dass ausgerechnet ein Minister dieser Koalition Tweets likt, in denen der Inzidenzwert von 35 infrage gestellt wird.

Selbstverständlich darf man in einer Demokratie darüber diskutieren, welche Inzidenzwerte man bei einem Öffnungsschritt für den Einzelhandel anlegen

sollte. Aber für mich ist das wieder einmal ein Beleg dafür, dass es in dieser Koalition kein abgestimmtes Konzept gibt, keine Linie für den Umgang mit der Pandemie, keine einheitliche Kommunikation. Das finde ich fatal. Das ist das Gegenteil von Vertrauensschaffen. Sie brauchen endlich eine abgestimmte Kommunikation, um auch die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

– Herr Pinkwart, Sie können gerne gleich noch etwas dazu sagen. Die Plenardebatte ist ja auch dafür gedacht, dass wir ins Gespräch kommen und diskutieren.

Zum Thema „Wirtschaftshilfen“: Der erste Öffnungsschritt für den Einzelhandel, für die Museen, für die Galerien ist immerhin ein kleiner Lichtblick. Aber das reicht nicht aus. Von Luft und von Lichtblicken allein kann kein Solo-Selbstständiger, kein Kulturschaffender leben. Dass die Überbrückungshilfe III erst seit gestern beantragt werden kann, dass ein Großteil des Geldes der November- und Dezemberhilfen immer noch nicht angekommen ist, ist ein absolutes Armutszeugnis für die Bundesregierung. Das Geld muss jetzt kommen. Es muss dringend kommen. Es muss zügig kommen. Es muss auskömmlich sein. Es muss auch unbürokratisch erfolgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

An einem Punkt, Herr Laschet, muss ich Ihnen widersprechen. Das betrifft die Stufenpläne. Ich bleibe dabei, Herr Laschet, dass Stufenpläne wichtig wären, um Verlässlichkeit und Planbarkeit zu schaffen. Uns reicht das Auf-Sicht-Fahren nicht. Denn wer auf Sicht fährt, der stochert im Nebel. Das können wir hier nicht gebrauchen.

Die MPK hat sogar gesagt, dass man eine Öffnungsstrategie erarbeiten will. Aber eine Öffnungsstrategie ist doch viel zu wenig und aus meiner Sicht auch der falsche Ansatz.

Ein Stufenplan hingegen, in dem es nicht nur um Öffnungen geht, sondern in dem es auch darum geht, klar festzulegen, ab welchem Inzidenzwert – man müsste eigentlich noch weitere Parameter hinzunehmen – wo gelockert werden kann, und in dem gleichzeitig dargelegt wird, dass Dinge wieder zurückgenommen werden müssen und wo es erneut Verschärfungen geben muss, wenn die Zahlen steigen, bietet Planbarkeit und Verlässlichkeit. Dass das bevölkerungsreichste Bundesland mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze, der auch Bundesvorsitzender der CDU ist, es nicht schafft, einen eigenen Plan vorzulegen, ist wirklich eine verpasste Chance. Das finde ich sehr schade.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Laschet, wenn Sie Ihre Rolle als CDU-Bundesvorsitzender als moderierend begreifen, dann hat sich das Parlament da gar nicht einzumischen. Aber von Ihnen als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen erwarten wir, dass Sie eine gestaltende Rolle in dieser Krise übernehmen. Dazu gehört die Ausarbeitung von konkreten Plänen, die Verlässlichkeit, Planbarkeit und auch Vertrauen in politische Maßnahmen schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das Virus ist nicht planbar, Frau Schäffer!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche* (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Thomas Kutschaty hat für die SPD-Landtagsfraktion die Zusammenarbeit der GroKo in Berlin zum Thema „Wirtschaftshilfen“ beschrieben. Er hat zugegeben, dass da vieles falsch läuft. Den Fehler hat er aber nur beim Partner gesucht, bei der CDU. Das zeigt, wie man dort miteinander umgeht.

Die Wahrheit ist: In ganz Deutschland sind alle Selbstständigen seit Monaten tief unzufrieden, weil sie bei den nicht oder kaum vorhandenen Wirtschaftshilfen der Großen Koalition um ihre Existenz bangen. – Und Sie haben gerade noch einmal deutlich gemacht, dass die Zusammenarbeit der GroKo katastrophal ist.

(Beifall von der FDP)

Vielen Dank, lieber Herr Kutschaty, für diese Klarstellung. Denn die Bürgerinnen und Bürger sollten wissen, wie Koalitionen miteinander arbeiten.

In diesem Zusammenhang geht ein Dank an den Ministerpräsidenten für die Unterrichtung heute. In seiner Rede hat er ja darauf hingewiesen, dass er jetzt in zwei Koalitionsausschüssen tätig ist. Er hat Sympathien deutlich gemacht und gesagt, dass man hier in Nordrhein-Westfalen sehr gut miteinander arbeitet.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Natürlich machen wir uns Sorgen, wie es in Berlin mit einer verlässlichen Koalition weitergehen kann. Vielleicht ist ja der 26. September das Datum, an dem auch in Berlin wieder eine verlässliche und faire Koalition entsteht, die dann in denselben Farben wie hier in Nordrhein-Westfalen gut zusammenarbeitet. So habe ich den Ministerpräsidenten verstanden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir alle haben gestern tagsüber die Ministerpräsidentenkonferenz verfolgt. Die Kanzlerin ist hineingegangen mit ihrer Forderung: Lockdown bis zum 14.

März, ohne jegliche Ausnahme bis zu einer Inzidenz von 35 bundesweit.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die NRW-Koalition und auch das Kabinett haben sich sehr intensiv dafür eingesetzt, dass wir bei den Schulen und Kitas zu einer schnelleren Öffnung kommen. Wir haben vorgestern gemeinsam darüber debattiert. CDU und FDP waren im Gegensatz zu SPD und Grünen diesbezüglich glasklar aufgestellt.

Gestern Vormittag tickerte dann über die Medien – vieles wird ja nicht im Parlament debattiert, oder wir werden nicht informiert, sondern das läuft parallel zu den Sitzungen in Berlin über die Medien –: Die Kanzlerin gibt ihren Widerstand auf. – Ich will noch einmal wiederholen, was die Medien tickerten: Die Kanzlerin gibt ihren Widerstand auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein eindrucksvoller Erfolg dieser NRW-Koalition – damit die jungen Schülerinnen und Schüler wieder lesen und schreiben lernen und natürlich auch, Herr Kutschaty, rechnen, damit die Schülerinnen und Schüler wieder Freunde treffen können und wieder ein soziales Umfeld erleben, damit die Familien und die Mütter entlastet werden. Die NRW-Koalition hat sich massiv eingesetzt. Wir haben massiven Druck erzeugt, auch medial gemeinsam. Das Ergebnis ist hervorragend.

Zudem hat die Kanzlerin einige andere Dinge nicht vollständig erreicht. Sie wollte einen Lockdown bis zum 14. März. Immerhin, auch wenn es zu lange ist, hat man den 7. März erreicht. Es gibt Ausnahmen bei Friseuren und Fußpflege; der Ministerpräsident hat es eben geschildert. Leider gelten sie nicht im Bereich „Kosmetik“, zumindest bisher nicht. Und der Inzidenzwert von 35, der bundesweit angedacht war, wird jetzt landesweit zugrunde gelegt.

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat also schon noch Wichtiges verändert, was den Vorschlag der Kanzlerin betrifft. Und das ist gut.

Kollegin Verena Schäffer ist gerade für die Grünen auf die Zusammenarbeit in dieser Koalition eingegangen. Ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Wir arbeiten hervorragend, verlässlich und fair zusammen. Wir haben auch mal unterschiedliche Ideen. Das ist doch logisch. Aber wenn man fair miteinander arbeitet, dann erwachsen aus unterschiedlichen Ideen hervorragende und sehr gute Ergebnisse. Das ist die Zusammenarbeit und der Charakter dieser Koalition – im Gegensatz zu Rot-Grün zuvor.

Unterschiedliche Ideen mag es ja nicht nur in Koalitionen geben, sondern sogar in Parteien, vielleicht auch in der SPD. Ich habe zumindest wahrgenommen, dass die Herren Hartmann und Kutschaty durchaus unterschiedlich aufgestellt waren oder auch sind. Auch in der SPD ist das also normal.

Wir sind klar aufgestellt. Verena Schäffer sagt, man müsse in einer Koalition Hand in Hand arbeiten. Ich habe geschildert, dass wir das tun. Das sollte doch für eine Landtagsfraktion auch gelten. Ich gehe davon aus, dass das bei Bündnis 90/Die Grünen der Fall ist.

Wir haben in dieser Woche ein ganzseitiges Interview des Kollegen Johannes Rimmel zur Landespolitik in Nordrhein-Westfalen gelesen. Dort hat er sich fundamental von der CDU distanziert. Da Frau Schäffer gerade gesagt hat, dass man in einem Verein, in einer Partei, in einer Landtagsfraktion, in einer Koalition Hand in Hand arbeitet, scheint diese klare öffentliche Distanzierung von der CDU ja mit der Führung der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen abgesprochen zu sein.

Ich bin gespannt, wie man so politische Mehrheiten finden kann und wie man den Bürgerinnen und Bürgern erklären kann, dass man bereit ist, Verantwortung für dieses Land zu übernehmen. Ich glaube, dass die Grünen dazu nicht in der Lage sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU])

Wir haben vermutlich alle gestern Abend gespannt vor dem Fernseher gesessen. Ständig gab es neue Informationen, neue Interviews, neue Nachrichten. Ich war bei einer Nachrichtensendung überrascht, als die Journalistin als Erstes fragte: Wer hat sich in der politischen Schlachtordnung durchgesetzt? – Allein die Formulierung ist schon irre. Die erste Frage war nicht: Was wurde konkret beschlossen, warum wurde das beschlossen, und mit welchen Folgen müssen wir aufgrund dieser Beschlüsse rechnen? – Nein, es ging um die politische Schlachtordnung.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wenige Minuten später wurde noch draufgesetzt: Was wäre denn, um Gottes willen, passiert, wenn wir alles geöffnet hätten? – In dieser Nachrichtensendung wurde versucht, den Menschen zu suggerieren, es gebe bei den demokratischen Parteien im Landtag oder im Bundestag auch nur eine, die von einem Tag auf den anderen alles hätte öffnen wollen. Keine Partei wollte das – nicht einmal die FDP. Wir haben immer von verschiedenen Phasen gesprochen und gesagt, dass wir verantwortungsvoll in Schritten öffnen wollen, öffnen müssen und auch öffnen können.

Grundsätzlich noch einmal: Wir haben sinkende Infektionszahlen; Gott sei Dank. Trotzdem machen wir jetzt eine längere Lockdown-Phase als zuvor. Die Kanzlerin hat sogar vorgeschlagen, sie bis zum 14. März zu verlängern. Wir haben sinkende Infektionszahlen. Und plötzlich bekommen wir eine neue Inzidenz von 35. Da fragen sich die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land: Warum? Was ist da die

Logik? Das ist doch eigentlich unlogisch – trotz der Mutation, die wir natürlich ernst nehmen und mit der wir uns alle beschäftigen. Die Kritik in der Bevölkerung ist groß, weil die Menschen diese Abfolge nicht verstehen.

Die Beschlüsse, die gestern gefasst worden sind, sind maßgeblich von der Kanzlerin beeinflusst. Sie werden – auch das wurde in der Debatte heute deutlich – von SPD und Grünen unterstützt.

Im Gegensatz dazu gibt es schon eine große Enttäuschung bei vielen Bürgerinnen und Bürgern und auch bei der FDP hier bei uns in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ich will Ihnen einmal vier Beispiele dazu nennen.

Wirtschaftshilfen sind der erste Punkt und der Punkt 12 in der Beschlussvorlage. Da sind die Menschen unzufrieden, weil es um deren Existenz geht, weil es um deren Arbeitsplätze geht. Die Novemberhilfen kamen in Abschlügen und viel zu spät. Die Herren Scholz und Altmaier haben wieder über Tage und Wochen darüber gestritten, wie man denn mit Unternehmerlohn umgeht und wie man auch Arbeitgeber und Kleinunternehmer schützen kann, damit sich fleißige Menschen in unserem Staat auf das Land und die Politik verlassen können.

Nach wie vor – wie eben bei Herrn Kutschaty – gibt es gegenseitige Schuldzuweisungen. Ausreden gehören dazu. Unter dem Strich war es bisher ein totales Versagen.

Jetzt hören wir: Die Überbrückungshilfe III wird wenigstens in Abschlügen in den nächsten Tagen geleistet. – Ich hoffe das sehr. Das ist nicht mehr als fair. Die Menschen in unserem Land haben das verdient.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber wenn die Bundesregierung erneut versagen sollte, müsste die logische Konsequenz sein, dass alle diese Geschäfte ihre Läden zum 1. März öffnen können.

(Beifall von der FDP)

Ich hoffe sehr, dass die Bundesregierung diesmal Wort hält.

Der zweite Punkt, über den sich die Menschen ärgern, ist die Inzidenz von 35. Keiner will eine zu schnelle Öffnung. Das haben wir auch am Dienstag hier geschildert. Kontakte zu reduzieren und auf ein angemessenes Maß zu beschränken, ist richtig. Deshalb hatten wir die Inzidenz von 50 auch akzeptiert, obwohl wir damit schon Schwierigkeiten hatten – wegen der Nachverfolgbarkeit.

Jetzt brauchen wir – das war auch in der Debatte am Dienstag unser Ziel – Perspektiven, Hoffnung und

kreative Lösungen bei klaren Hygienekonzepten für Einzelhandel, für Sport, für Kultur, für Restaurants, für alle möglichen Bereiche. Und jetzt kommt plötzlich, für alle überraschend, ein neuer Inzidenzwert von 35 – einfach so aus der Schublade gezogen. Die Menschen in unserem Land verstehen das nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP)

Dritter Punkt: Die Kontaktbeschränkungen bleiben unverändert. Unsere Position wäre gewesen, eine Kontaktbeschränkung auf zwei Haushalte und maximal fünf Personen vorzusehen, wie wir das bei vergleichbaren Inzidenzzahlen im Herbst gehabt haben. Wenn wir ehrlich sind, jeder zu sich selbst, dann weiß doch jeder, dass das heute schon so praktiziert wird, dass das so ist. Die Beibehaltung der Regel „ein Haushalt plus eine Person“ ist weltfremd.

Die Mutter mit ihrem Kleinkind kann Opa und Oma besuchen. Aber Opa und Oma dürfen die Tochter mit dem Kleinkind nicht besuchen. Diese Kontaktregelung ist überzogen. Bei reduzierten Infektionszahlen müssen wir an dieser Kontaktbeschränkung wieder drehen und daran schrauben.

(Beifall von der FDP – Verena Schäffer [GRÜNE]:
Ja, dann ändern Sie das doch!)

Der vierte Punkt ist die Laufzeit bis zum 7. März.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE]: Das
steht doch in der Verordnung!)

– Sie haben doch den Beschluss gestern gelesen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das Kabi-
nett tagt doch erst noch!)

Und über den Beschluss rede ich gerade. Da steht das, was ich gerade beschrieben habe, Wort für Wort drin. Und darauf gehe ich ein.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das ist doch eine
Landesverordnung!)

– Die Verordnung, die das Land beschließt, liegt noch gar nicht vor, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Da sind wir jetzt
mal gespannt!)

Wir unterhalten uns gerade über den Beschluss, der gestern in der MPK gefasst worden ist – nachhaltig mit der Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen. Das wurde heute in der Rede deutlich.

(Beifall von der FDP – Mehrdad Mostofizadeh
[GRÜNE]: Und da machen Sie nicht mit, oder
was?)

Der vierte Punkt, der nicht passt, ist die Laufzeit. Der 7. März ist einfach zu spät. Zwei Wochen hätten gereicht.

(Beifall von der FDP)

Um zu mehr Öffnungen und zu mehr Freiheit zu kommen, müssen wir in drei Bereichen besser werden.

Der erste Punkt ist die Impfung. Gestern wurde ein Auftrag bezüglich der Impfreihenfolge beschlossen. Das ist gut. Das wird untersucht. Außerdem müssen wir endlich ein System entwickeln, dass das Impfen bei den Hausärzten, bei den vertrauten Ärzten, organisiert wird. Ich bin mir sicher, dass das möglich ist. Wir sollten da nur schnell zu einem Ergebnis kommen.

Der zweite Punkt ist der Schutz von gefährdeten Gruppen. Wir sollten erreichen, dass eine Testpflicht besteht, bevor man gefährdete Gruppen in Heimen besucht.

Der dritte Punkt ist, dass Gesundheitsämter so gestärkt werden müssen, dass sie auch bei einem Wert von 100 die Nachverfolgung sicherstellen. Das ist in Teilen schon möglich, aber noch nicht in Gänze.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich respektiere – das habe ich auch am Dienstag gesagt – andere Meinungen, auch zur Beschlusslage von gestern Abend. Unsere Abwägung ist allerdings eine andere. Die nächste Ministerpräsidentenkonferenz soll am 3. März stattfinden. Da sage ich für die FDP-Landtagsfraktion ganz deutlich: Das ist zu spät,

(Beifall von der FDP)

und zwar nicht nur aus der Sicht unserer Landtagsfraktion, sondern auch – da bin ich mir sicher – aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger.

(André Stinka [SPD]: Weiß das auch Ihr Ministerpräsident?)

Die Ministerpräsidentenkonferenz bzw. vor allem die Kanzlerin sollte überlegen, ob sie nicht jetzt schon anbietet, in zwei Wochen die Lage neu zu beurteilen, neu zu bewerten und zu weiteren Entscheidungen zu kommen. Da muss man nicht erst auf Druck der Medien und der Öffentlichkeit warten. Man könnte ja als Kanzlerin jetzt schon ankündigen: Der 3. März ist zu spät; wir wollen schon den 26. Februar.

(Beifall von der FDP)

Nordrhein-Westfalen hat in der Verhandlung gestern einiges erreicht. Ich habe die vier Punkte aufgezählt. Herzlichen Dank dafür an den Ministerpräsidenten Armin Laschet.

Trotzdem ist eine Enttäuschung vorhanden. Die habe ich gerade beschrieben.

Unser Ziel bleibt: mehr kontrolliert öffnen bei klaren Konzepten und klaren Regeln. Daran arbeitet die NRW-Koalition jeden Tag, und wer weiß, vielleicht ist schon ab 22. Februar etwas mehr möglich, als wir jetzt denken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP, Dr. Jörg Geerlings [CDU] und Matthias Kerkhoff [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Wagner.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Verena Schäffer [GRÜNE]: Was für eine Linie gilt denn jetzt in dieser Regierung? – Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Die Vernunft! – Verena Schäffer [GRÜNE]: Die FDP macht sich schon mal aus dem Staub! Wie immer! – Christof Rasche [FDP]: Von 2012 bis 2017 ist hier so viel Staub entstanden, darauf rutsche ich noch jeden Tag aus!)

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Jahr Corona, und CDU, Linkspartei, FDP und Grüne manipulieren das Recht. Verträge, Recht, Ordnung und Gesetz – sie gelten immer weniger in diesem Land. Weit über 100 Mal haben Gerichte bereits gegen die etablierte Politik entschieden, zuletzt in Nordrhein-Westfalen gegen die Maskenpflicht vor Geschäften.

Gestern nun ein neuer Gipfel: Wieder vier Wochen Lockdown!

Nun wollen uns Angela Laschet und Armin Merkel weismachen, 35 sei das neue 50. Ja, das Kanzleramt spricht schon davon, dass 10 das neue 50 werden wird. Wolfgang Kubicki – neben Thomas Kemmerich einer der letzten verbliebenen Liberalen in der FDP – ist zu Recht außer sich.

„Dass wir die Maßnahmen, die die MPK für eine 200er-Inzidenz eingeführt hat, nahezu unverändert bis zum Inzidenzwert von 35 beibehalten sollen, ist unverantwortlich und ein offener Rechtsbruch.“

Das sagt Wolfgang Kubicki, meine Damen und Herren von der FDP.

(Beifall von der AfD)

Wer es verständlicherweise noch nicht bemerkt hat und nach der Rede des Kollegen Rasche erst recht nicht bemerkt hat: Die FDP regiert in Nordrhein-Westfalen mit. Ja, tatsächlich, da hätte man eben gar nicht den Eindruck haben können.

Aber die FDP in Nordrhein-Westfalen hat nun mal keinen Wolfgang Kubicki, sondern einen Herrn Stamp. Der hat die Tage auch mal versucht, etwas zu Corona aufzuschreiben, was ich sehr lobenswert finde. Nur die Merkelkonferenz hat das nicht mal ansatzweise interessiert.

(Christof Rasche [FDP]: Doch natürlich!)

Freiheitlich à la Kubicki ist in diesem Haus nur einer: Das ist die AfD, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Aber zurück zur sogenannten 50er-Inzidenz, also der Ansteckung von 50 Personen auf 100.000 Menschen. Die war schon immer ein politischer und eben kein medizinischer Wert. Er stammt aus den Tagen der ersten Coronawelle im März, April 2020, als die Gesundheitsämter nicht sofort in der Lage waren, mehr als 50 Infektionen pro 100.00 Einwohner nachzuziehen zu können.

Aber zum nächsten und entscheidenden Punkt an dieser Stelle: Der Inzidenzwert ist für sich gesehen kaum aussagekräftig. Denn: Er ist extrem manipulierbar. Es kommt nur darauf an, wie viele und wen ich teste. Teste ich weniger, erhalte ich weniger Infektionen auf 100.000. Teste ich mehr, teste ich noch dazu die asymptomatischen Fälle, also die Fälle, in denen der Betroffene überhaupt nichts bemerkt – und das ist die Masse der Fälle –, dann steigt er. Geändert hat sich damit an der Verbreitung des Virus oder seiner Gefährlichkeit nichts, rein gar nichts. Das ist einfache Mathematik. Aber für wen 35 gleich 50 ist, für den ist auch eine Variable eine Konstante. Ob man dabei Absicht oder Unwissen unterstellen soll, das überlasse ich mal Ihnen.

Wir haben es also mit der Manipulation eines ohnehin manipulationsanfälligen Wertes zu tun. Und das ist nun die Grundlage Ihrer Politik, die Kindern ihre Entwicklungschancen nimmt, Angestellte in die Kurzarbeit treibt und Selbstständige in die Insolvenz schickt, meine Damen und Herren.

Es ist daher kein Wunder, dass die Zustimmung zu Ihrer Politik immer weiter abnimmt, und das trotz medialer Dauerberieselung durch Ihre Freunde bei den zwangsfinanzierten Sendern. Wie schrieb die „WELT“?

Selbst „innerhalb der WDR-Redaktion gibt es nach Informationen des ‚Spiegel‘ schon länger Unmut. Grund dafür ist, dass einige Redakteure mangelnde Distanz zwischen dem Sender und der Landesregierung in NRW kritisieren.“

Der Journalistikprofessor Volker Lilienthal sagte dazu – ich zitiere –: Die Landesrundfunkanstalt und die Landesregierung haben sich gut eingerichtet und miteinander arrangiert. – Meine Damen und Herren, so ist es. So steht es schwarz auf weiß geschrieben.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das gilt auch für die angebliche Übersterblichkeit, mit der die früher mal seriöse „tagesschau“ herumtrickst. Laut Statistischem Bundesamt beläuft sich die Gesamtzahl der 2020 in Deutschland verstorbenen Menschen auf 982.439, also knapp eine Million, und das bei einer Gesamtbevölkerung von rund 83,25

Millionen Menschen. Waren das also mehr als erwartet? Dazu Professor Kauermann klar und eindeutig:

„Nach unseren Berechnungen sind tatsächlich nicht unerwartet mehr Menschen gestorben als im Schnitt der vier Jahre davor“.

Sie müssen wissen, dass der Jahrgang 1940, also der heute 80-Jährigen, besonders geburtenstark war. Das wirkt sich natürlich auf die Sterbezahlen aus. Das gelte jedoch nicht für die Jahrgänge der 35- bis 59-Jährigen. Dort sei statistisch sogar eine Untersterblichkeit auszumachen.

Dazu passt auch, wo wirklich gestorben wird: nicht in den Friseursalons, in den Restaurants und in den Geschäften des Einzelhandels, die Sie vielfach in den Ruin treiben, sondern in der Gruppe der 70- bis 100-Jährigen. Die Zahlen des RKI belegen das absolut eindeutig. In der gesamten Zeit seit dem ersten Coronafall bis gestern sind an und mit Corona 61.951 Menschen verstorben. Das ist schlimm. Alle Angehörigen haben – da spreche ich ganz sicher für das ganze Haus – unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl. Wirklich schlimm ist zudem: Von diesen 62.000 waren 60.000 zwischen 60 und über 100 Jahre alt, 57.300 zwischen 70 und über 100. Viele davon starben erst in den letzten drei Monaten, bis zu 70 % in Alten- und Pflegeheimen.

Meine Damen und Herren, monatelang haben mein Kollege Dr. Vincentz und ich Ihnen vorgetragen, was Ärzteverbände, Spitzenwissenschaftler und der gesunde Menschenverstand sagen: Schützen Sie die Alten und Vorerkrankten. – Ihre Antwort: Das geht nicht, wir machen lieber einen Lockdown für alle. – Da fasst man sich nur noch an den Kopf, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Sie sind Ihrer Aufgabe nicht nachgekommen. Sie sind Ihrer Aufgabe nicht nachgekommen, die Menschen in den Alten- und Pflegeheimen ausreichend zu schützen. Deutschland und in Deutschland Nordrhein-Westfalen liegen beim Impfen hinten, weit hinter Großbritannien, den USA, Israel, Rumänien oder Slowenien.

Das Ganze dann Frau von der Leyen zu überlassen, die schon die Bundeswehr hat verkommen lassen, war doch absehbar die völlig falsche Entscheidung. Was hat denn diese Dame, wenn sie denn mal in der Verantwortung stand, überhaupt jemals hinbekommen? Mir fällt dazu nicht allzu viel ein.

Ich erwarte, dass die zwangsfinanzierten Medien nun endlich vollumfänglich berichten anstatt sich weiter in der Rolle des Hofberichterstatters einer merkelgrünen Einheitsmeinung zu gefallen.

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

Es kann doch nicht angehen, dass die Bürger bei Reitschuster.de und Achgut.com mehr erfahren, und das auch noch kostenlos.

Die Demokratie ist die beste Staatsform, die wir kennen. Keine andere Organisation des Staatswesens bietet so viel mehr Vorteile als Nachteile. Aber es gibt eben auch Nachteile. Dazu gehört zum Beispiel, dass das Denken in Wahlperioden und Wahlterminen aus Motiven des Machterhalts eine größere Rolle spielt, als es das sachlich tun sollte. So ist es auch bei Corona.

Ihre etablierte Politik hat zu lange Gefallen daran gefunden, dass der Lockdown angeblich alternativlos sei. Sie haben Gefallen am Lockdown gefunden, weil die Antwort so schön einfach ist. Wer differenziert, wer nach klügeren Modellen sucht, der hat es schwerer als derjenige, der die einfache Antwort gibt. Dabei gab und gibt es mehr als genug Mediziner, die bessere Strategien vorgelegt haben, aber die passen nicht in Ihr Konzept und schon gar nicht in die Berrunde der Bundeskanzlerin.

Sie haben Gefallen daran gefunden, weil Lockdowns die Verantwortung auf die Bürger schieben. Funktioniert er nicht, kann die Politik sagen: Ihr habt euch nicht daran gehalten. – Ganz egal, ob das nun stimmt oder nicht: die Politik ist fein raus – meint sie zumindest. Sie haben auch deshalb Gefallen daran gefunden, weil in Krisenzeiten die Erfahrung gilt, dass sich das Volk um seine Anführer schart. Da das ein allgemeiner Erfahrungswert ist, werden gerne außenpolitische Krisen bis hin zum Krieg angezettelt oder innenpolitische Gefahren heraufbeschworen, auf die angeblich nur die jeweilige Regierung reagieren könne, weswegen man ihr weiterhin und noch stärker vertrauen müsse. Jeder, der eine andere Meinung vertritt, und sei sie noch so gut oder gar besser begründet, rückt so in die Nähe des Staatsfeindes, des Verschwörers – oder was es gerade sonst noch so an Totschlagvokabeln gibt.

Wie immer im Leben, geht natürlich auch diese Krise irgendwann vorüber. Es gibt nun mehrere Faktoren, die ein erstes Ende des Dauer-Lockdowns begünstigen. Da ist der nahende Frühling, der die Virenlast von ganz allein – klimatisch – reduziert. Das geht ganz ohne Politik, weil die Viruserkrankungen in jedem Jahr im Winter ihr Hoch und im Sommer ihr Tief haben.

Außerdem sind da die Wahlen. Nichts ist schöner, als vor der Bundestagswahl – natürlich, ohne von den zwangsfinanzierten Staatsmedien kritisch hinterfragt zu werden – sagen zu können: Wir – ihr, das Volk, und wir, eure Politiker – haben es gemeinsam geschafft. Wir haben zwar jetzt noch mehr Schulden und jede Menge Insolvenzen. Wir haben den mittelstandsfeindlichen Konzentrationsprozess in der Wirtschaft massiv zugunsten von Amazon und Co begünstigt. Wir haben euch erzählt, dass wir die, die

wirklich in den Alten- und Pflegeheime sterben, nicht schützen können, und dass ihr deshalb in Kurzarbeit, ins Homeoffice oder in die Arbeitslosigkeit gehen müsst. Aber jetzt wird alles gut, wählt uns bitte wieder.

Nur: Wenn man ein wenig hinter die Kulissen schaut, wird man bemerken, dass mir und Ihnen als Landtagsabgeordnete trotz unserer sicheren und hohen Diäten FFP2-Masken angeboten werden und zwar ohne, dass wir sie bezahlen müssten. Ich gehe mal davon aus, dass jeder von uns in der Lage wäre, sie zu bezahlen. Ich finde das ungeheuerlich.

(Beifall von der AfD)

Selbst der Termin der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz spielt schon eine Rolle. Wieder haben wir es nicht mit medizinischen Gründen zu tun, sondern mit politischen. Kurz vor den Wahlen soll man sich jetzt wenigstens die Haare schneiden lassen können. Was für ein durchsichtiges Schauspiel. Da wir gerade beim Haarschneiden sind; Boris Reitschuster bringt es auf den Punkt – ich zitiere –:

„Söder behauptete, der Rückgang der Zahlen sei ein Beleg für die Wirksamkeit der Maßnahmen. Er ist allenfalls ein Indiz. Und Söder ein Täuscher, wenn er so spricht. Er entlarvte sich auch, als er sagte, die Öffnung der Friseure gebe den Menschen Würde zurück: Also gibt er zu, dass er ihnen Würde genommen hat. Aber genau die ist laut Grundgesetz unantastbar.“

(Beifall von der AfD)

„Dass hier so offen ein Grundgesetz-Verstoß gegeben wird bzw. Söder diesen Widerspruch gar nicht mehr bemerkt, ist sehr alarmierend. Die Bundesregierung und auch die Länderregierungen haben die Verbindung zur Realität verloren.“

Als wir die Öffnung vor zwei Wochen beantragten, lehnten Sie noch ab; so wie Sie – man kann es vorwegnehmen – auch unsere heutigen Anträge zur Schulöffnung und einer echten Exitstrategie ablehnen werden.

(Zuruf: So ist es!)

Weil die Zustimmung zu den zum Teil unverhältnismäßigen Maßnahmen immer weiter zurückgeht, will man nun kurz vor den Wahlen ein bisschen Druck ablassen. Man gibt ganz generös ein bisschen Würde zurück. Allein das zeigt, um was es eigentlich geht: Stimmung – und daraus abgeleitet Macht.

Corona und die Angst der Menschen werden hemmungslos ausgenutzt. Wenn Wahlen kurz bevorstehen, ist auch Drogen vergessen, dann ist die 50 eben 35, aber rechtzeitig vor den Landtagswahlen muss es auch nicht unbedingt 35 sein. Diese Logik müssen Sie nicht verstehen. Es ist die Logik der

Parteilpolitik und nicht die Logik, wie sie von Philosophen beschrieben wird.

Aber solange die etablierte Politik Umfragedaten erhält, dass – nach massenmedialer Berieselung – noch eine Mehrheit für Lockdowns sei, solange also die Zustimmungquote höher ist, als sie es vor Corona war, solange läuft das eben.

Aufgrund der Mischung aus Frühling, Wahlen und Umfragedaten kommen wir jetzt in das Zeitfenster der Öffnungen, während in den Alten- und Pflegeheimen noch immer unnötig gestorben wird. All das geschieht, um einen größtmöglichen Effekt an simulierter Handlungskompetenz vorzutauschen. Dabei wird noch viel tatsächliche Handlungskompetenz vonnöten sein, um die Folgen dieser Maßnahmen, die Generationen belasten werden, wenigstens zu mildern.

Herr Löttgen, Sie meinen, mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten die Argumentationslinie von Herrn Dr. Vincentz – den Sie am Dienstag schon versuchten, zu diffamieren – infrage stellen zu können. Wir werden hier in Kürze die echten Zitate verlesen, nämlich das, was Sie in Ihrer Rede heute verschwiegen haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das war für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Wagner. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Gebauer jetzt das Wort.

Yvonne Gebauer), Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Schäffer, ich bin schon ein wenig erstaunt darüber, dass Sie, die Sie sich neuerdings so sehr für Bildungspolitik interessieren, nicht wissen, dass ich hier natürlich schon im Rahmen von Unterrichtungen gesprochen habe. Das sollten Sie wissen,

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Nicht in den vergangenen zwölf Monaten!)

ansonsten waren Sie wohl nicht im Saal.

Es befremdet mich aber noch mehr, dass Sie, Herr Ott und Herr Kutschaty, die parlamentarischen Gepflogenheiten nach so langer Zugehörigkeit anscheinend immer noch nicht kennen. Selbstverständlich spricht bei einer Unterrichtung, die der Ministerpräsident angemeldet hat, als Erstes der Ministerpräsident.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das haben wir doch gar nicht kritisiert!)

Deswegen kann ich natürlich nur nach ihm sprechen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das war auch genauso geplant, und deswegen gibt es die Irritationen nicht, die Sie hier herbeireden möchten. Ich meine, es ist mir freigestellt, nach einer Unterrichtung an die Presse zu gehen, und genau das werde ich tun, Frau Schäffer.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Schäffer, auch dass Sie hier von einem versenkten Ferienprogramm sprechen, zeigt, dass Sie nicht im Bilde sind. Da es im vergangenen Jahr im Rahmen der Ferienförderprogramme über 2.000 Gruppenangebote und über 400 Individualangebote für unsere Kinder und Jugendlichen gab, kann man von einem Erfolg sprechen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Zu kurze Vorlaufzeit, nicht alles abgerufen!)

Wir haben jetzt vereinbart, dass wir dieses Ferienförderprogramm nicht nur in diesem Jahr, sondern bis einschließlich der Sommerferien im Jahr 2022 fortführen. So wollen wir unseren Kindern und Jugendlichen eine Perspektive eröffnen und ihnen etwas von dem, was verloren gegangen ist, zurückgeben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Schäffer, außerdem erstaunt mich, dass Sie die 35er-Inzidenz in Verbindung mit den Schulen bringen. Man muss den Beschluss, über den man hier spricht, schon genau lesen. Gerade die Schulen waren bei der 35er-Inzidenz ausgenommen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sie sind in der Verantwortung, das zu ändern!)

Deshalb können wir diesen Weg gehen. Der erste Schritt – wir haben ihn gestern Abend gemeinsam verkündet – ist, dass die Grundschulen bei uns in Nordrhein-Westfalen unabhängig von Inzidenzen

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

ab dem 22. Februar in ein Wechselmodell gehen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das finde ich richtig, das habe ich auch gesagt!)

– Wunderbar, dann sind wir uns an dieser Stelle schon mal einig, hervorragend.

Dann geht es um den Inzidenzwert 50 und darunter. Ab einer Inzidenz von 50 und darunter – unabhängig von 35, wo andere Dinge zum Tragen kommen – folgt der nächste Schritt, nämlich der Schritt in den vollständigen Präsenzunterricht an den Grundschulen. Wiederum im nächsten Schritt – das ist klug und verantwortungsvoll – gehen alle weiteren Jahrgänge in ein Wechselmodell bzw. gleich in einen Präsenzunterricht. Das ist die Strategie, mit der wir hier in Nordrhein-Westfalen vorgehen, verantwortungsvoll, beginnend mit den Grundschulen am 22. Februar.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt noch einmal zum Wechselmodell. Herr Kutshatzy, Sie und Ihre Fraktion und auch die Grünen haben seit dem vergangenen Herbst ein Wechselmodell eingefordert. Ich habe immer gesagt: Ein Wechselmodell bedeutet Präsenz-, aber eben auch Distanzunterricht. Wir haben am vergangenen Montag knapp elf Stunden lang mit allen schulischen Vertretern, Lehrerverbänden, Elternverbänden, Schülervertretungen, Gewerkschaften, Schulträgern, ausgiebig gesprochen, sehr konstruktiv, sehr intensiv. Eines kann ich Ihnen sagen – das können Sie auch gerne nachfragen –: Das Wechselmodell war nicht der große Favorit, weil es, genauso wie es hier schon gesagt wurde, anstrengend ist.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Es ist für alle Beteiligten anstrengend. Aber – auch das darf man sagen – zum jetzigen Zeitpunkt, in der jetzigen Phase ist das mit dem, was wir hier auf den Weg bringen wollen und müssen – auf der einen Seite der Gesundheitsschutz, auf der anderen Seite die Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen, im Besonderen unserer Jüngsten –, der richtige Weg.

Sie haben den Schichtbetrieb angesprochen. Diesem Schichtbetrieb ist eine klare Absage erteilt worden. Das möchte niemand. Das kann ich hier ganz deutlich sagen. Das waren die Ergebnisse, die wir aus diesen Gesprächen am vergangenen Montag mitnehmen konnten.

Es ist die Vorlaufzeit angesprochen worden. Sie haben gesagt, dass vielleicht die eine oder andere Schule schon früher an den Start gehen könnte, weil sie schon Wechselmodelle erarbeitet hat. Das ist bestimmt so. Ich darf Ihnen aber sagen: Wir gehen ja nicht nur mit den Grundschulen, den Grundschülerinnen und -schülern am 22. an den Start, sondern auch mit den Primarstufen der Förderschulen – es ist ganz wichtig, dass wir diese Kinder nicht vergessen – und mit den Abschlussklassen. Gerade für die Förderschule ist sowohl von den Förderschulen als auch von den Trägern eindringlich der Wunsch geäußert worden, dass sie eine Vorlaufzeit von mindestens fünf Tagen brauchen, was die Organisation – nicht das Konzept – anbelangt,

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Unstrittig!)

wie sie den Schülerspezialverkehr organisieren. Auch deswegen haben wir uns dafür entschieden, zu sagen: Wir starten alle gemeinsam – auch wenn einige hätten früher starten können – erst am 22.

Jetzt darf ich Ihnen einmal sagen, warum Wechselmodelle so schwierig sind. Im Rahmen unserer wöchentlichen Umfrage fragen wir viele Daten ab. In der jetzigen Zeit lautet eine Frage, inwieweit die pädagogische Betreuung in den Grundschulen in Anspruch genommen wird. Es gibt Grundschulen, bei denen von 196 Kindern ein Schüler bzw. eine Schülerin an

der pädagogischen Betreuung teilnimmt. Wir haben aber auch Grundschulen, an denen von insgesamt 221 Schülerinnen und Schülern 195 an der pädagogischen Betreuung teilnehmen, also mehr als 88 %. Da muss man sich schon fragen, ob es angesichts solcher Situationen Sinn macht, in ein Wechselmodell zu gehen, oder ob man nicht aufgestockt und gleich in ein Präsenzmodell geht. Wir haben uns jetzt für das Wechselmodell entschieden. Das ist so gewollt. Das wird so von allen schulischen Akteuren mitgetragen.

Ich wollte damit noch einmal zum Ausdruck bringen, wo die Schwierigkeiten bei einem Wechselmodell liegen. Deswegen habe ich so lange zusammen mit vielen Vertreterinnen und Vertretern für den Präsenzunterricht gekämpft, mich für den Präsenzunterricht stark gemacht und gesagt: Das ist die Unterrichtsform, mit der wir unsere Schülerinnen und Schüler am besten erreichen.

Sie haben mich gefragt, was am 22. passiert. Sie haben zwei Anträge gestellt, die wir nicht hier heute beraten, sondern im Ausschuss für Schule und Bildung. Gleichwohl möchte ich Ihnen heute einige Eckdaten zum Wechselmodell nennen.

Wir haben uns schon sehr früh zum Wechselmodell verhalten, nämlich in unserer Handreichung. In dieser Handreichung beschreiben wir auf mehr als 30 Seiten, wie man im Wechsel zwischen Distanz und Präsenz einen Unterricht organisiert. – Ich sehe Herrn Ott den Kopf schütteln, aber es lohnt sich wirklich, mal einen Blick in dieser Handreichung zu werfen, weil darin schon im Sommer dargestellt worden ist, wie wir uns einen Wechselunterricht vorstellen.

Wir haben jetzt gemeinsam mit allen Verbänden die Rahmenbedingungen gesetzt und gesagt, dass sich der Distanzunterricht als Wechselunterricht auch weiterhin an den jeweiligen Stundentafeln und Lehrplänen orientieren muss.

Wir haben gesagt – ganz besonders gilt das für die Grundschulen –, dass in den Präsenzphasen des Unterrichts nach Möglichkeit Deutsch, Mathematik sowie Sachkunde im Vordergrund stehen müssen. Grundsätzlich können aber alle Fächer im Präsenz- oder Distanzunterricht erteilt werden.

Wir haben gesagt, dass bei den festzulegenden Intervallen zwischen Präsenz- und Distanzunterricht die Schulen Gestaltungsspielräume erhalten sollen und sie notwendige Abstimmungen mit dem Schulträger treffen können, zum Beispiel im Rahmen des Schülerspezialverkehrs – warum, hatte ich gerade gesagt.

Wir haben aber auch gesagt, dass zum Beispiel die Zeitintervalle, bei denen Schülerinnen und Schüler keinen Präsenzunterricht erhalten, nicht länger als fünf Unterrichtstage sein dürfen. Wieso sage ich das hier? – Wenn wir nach dem RKI und nach Herrn

Drosten gegangen wären – dazu bin ich ja in vielen Bereichen aufgefordert worden –, dann hätten wir den Wechselunterricht nur in einem 14-Tage-Rhythmus gestalten können. Das halte ich nicht für sinnvoll.

(Beifall von der FDP)

Auch das haben wir mit den Verbänden besprochen, erörtert, und dafür haben wir große Zustimmung erhalten.

Wir haben gesagt, dass die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung des Wechselmodells die Schulleitung trifft, die die Schulkonferenz, aber auch die Schulaufsicht selbstverständlich informiert.

Wir haben uns dazu verhalten, was jetzt genau mit den Schülerinnen und Schülern passiert, die sich in den Betreuungsangeboten befinden. Das ist die große Herausforderung. Das ist die große Anstrengung, die jetzt die Schulen zu leisten haben, die vielen Schülerinnen und Schüler, die weiter in der Betreuung sind und bleiben. Wenn sie an dem Tag Distanzunterricht haben, aber nicht zu Hause betreut werden, müssen sie in der Schule betreut werden. Das haben wir alle gemeinsam miteinander verabredet, dass es diese pädagogische Betreuung geben muss. Das stellt die Schulen vor große Herausforderungen.

Das Gleiche gilt für die OGS.

Wir haben davon gesprochen, dass es in Anbetracht des weiteren Infektionsgeschehens und des Hygieneschutzes feste Lerngruppen geben soll. Das ist die Herausforderung, die die Schulen – im Besonderen kleine Systeme – zu leisten haben.

Darüber haben wir sehr intensiv und sehr ausführlich gesprochen. Gleichwohl haben wir uns für das Wechselmodell entschieden.

Ich gehe jetzt weg von den Grundschulen und hin zu den Schülerinnen und Schülern, die vor Abschlüssen stehen. Auch das haben wir sehr intensiv besprochen. Was heißt denn eigentlich „Abschlüsse“? Sind das nur die Schülerinnen und Schüler, die in diesem Jahr einen Abschluss machen, oder gehören nicht auch die Schülerinnen und Schüler dazu, die jetzt in der Qualifikationsphase sind und im nächsten Jahr ihre Abschlüsse machen, weil es nämlich dazugechnet wird? Wir haben entschieden, dass wir die sogenannte Q1 mit in die Abschlussklassen hineinholen, dass wir auch diesen Schülerinnen und Schülern faire Bedingungen in Bezug auf das, was sie in diesem Jahr, aber auch im nächsten Jahr erwartet, geben.

Sie werden die SchulMail schon bekommen haben oder in wenigen Minuten erhalten. Ich habe ja beim letzten Mal gesagt, dass ich hier entsprechend darüber berichten werde.

Natürlich werden wir uns das Infektionsgeschehen weiter anschauen müssen. Es sind schon viele Ausführungen dazu gemacht worden, dass der Inzidenzwert nicht allein ausschlaggebend sein kann und darf, aber eine Richtschnur ist. Daran werden wir uns orientieren müssen.

Ich bin der SPD dankbar, dass sie sich im Rahmen ihres Fünf-Punkte-Programms so viele Gedanken gemacht hat. Im Übrigen hat sie dort vieles aufgenommen, was wir bereits umgesetzt haben – Stichworte: „Infektionsschutz“, „Hygienemaßnahmen“, „Masken für Lehrerinnen und Lehrer“ und Sonstiges mehr.

Wir werden uns sicherlich gemeinsam darüber unterhalten müssen, wie wir dann mit den weiteren Jahrgangsstufen umgehen werden. Wir haben den Anspruch – diesen Anspruch sollten wir alle gemeinsam haben –, so schnell wie möglich – natürlich immer unter Beobachtung des Infektionsgeschehens – allen Schülerinnen und Schülern, wenn nicht sogar vollständigen Präsenzunterricht, so doch wenigstens Präsenzanteile zu geben, weil es sich dabei um die fairen Bedingungen handelt. Wir wissen, dass der Präsenzunterricht nach wie vor die beste Form des Lehrens und des Lernens bleibt.

Darüber tausche ich mich sehr gerne mit Ihnen im kommenden Ausschuss für Schule und Bildung aus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Gebauer. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Schick das Wort.

Thorsten Schick^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein erster Dank geht an die Landesregierung. Der Ministerpräsident hat am vergangenen Dienstag angekündigt, dass im Bereich der Bildung von Kindern und Jugendlichen geliefert wird. Diesem Versprechen ist er nachgekommen.

Ich danke der Schulministerin dafür, dass sie hier noch einmal ausführlich dargelegt hat, wie die Landesregierung in den nächsten Tagen verfahren wird.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man hat in dieser Debatte doch gemerkt, dass es an diesem Tag äußerst schwer war, Oppositionspolitiker zu sein. Auf der einen Seite ist immer wieder betont worden: Wir tragen die Entscheidungen mit.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Auf der anderen Seite haben Sie sich gewunden und gedreht, um deutlich zu machen, dass es vielleicht

doch noch den einen oder anderen Punkt gibt, über den man einmal sprechen muss.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Sie wollen Zweifel am Handeln der Regierung säen, haben aber in Wirklichkeit keine ganz konkrete Stoßrichtung, wo Sie etwas anders machen würden.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben von Herrn Kutschaty gehört: Wir müssen den Menschen mit einem Stufenplan Hoffnung machen, wissen aber gleichzeitig, dass wir diese Hoffnung auch wieder enttäuschen müssen. – Glauben Sie, dass Sie auf diese Art und Weise das Vertrauen der Menschen in die Politik stärken werden?

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Was wir in dieser Debatte vonseiten der Landesregierung gehört haben, ist richtig. In der Tat haben wir mit Mutationen zu kämpfen, die Prognosen nun einmal etwas schwieriger machen. Dann auf Sicht zu fahren und fortlaufend auszuwerten, ist glaubwürdiger. Am Ende des Tages werden die Menschen das auch entsprechend honorieren.

Herr Kutschaty, am vergangenen Dienstag hatten Sie – diese Bemerkung fand ich richtig – davor gewarnt, überhöhte Erwartungen an die Ministerpräsidentenkonferenz zu schüren. Das einzige Problem ist, dass Herr Ott hinter Ihnen anscheinend gar nicht zugehört hat; denn während die Ministerpräsidentenkonferenz noch lief, kam er mit dem Vorschlag um die Ecke, die Schulen ab dem 15. Februar wieder zu öffnen.

Wenn Sie davon sprechen, bei den Regierungsfraktionen mache sich Nervosität breit, wenn hier im Landtag über Schulpolitik geredet werde, kann man wohl sagen: Mehr Nervosität als in Ihrer Fraktion, wenn Herr Ott Pressemitteilungen herausgibt, kann man nicht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist doch alles so abgelaufen, wie wir uns das wünschen:

Die Ministerin hat im Vorfeld mit Eltern, mit Lehrerverbänden, mit den Beteiligten intensiv gesprochen und sie auf den Weg vorbereitet.

Der Ministerpräsident hat Wort gehalten.

Wir haben im Nachgang erlebt, dass direkt nach der Ministerpräsidentenkonferenz eine Information der Öffentlichkeit durch den Ministerpräsidenten und die Ministerin erfolgt ist.

Heute Morgen ist das hier noch einmal ausgebreitet und erklärt worden.

Die SchulMail ist auf dem Weg.

Das alles passiert in Absprache mit den angrenzenden Bundesländern. Das ist auch wichtig. Denn dort gibt es Lehrkräfte, die nach Nordrhein-Westfalen einpendeln, die Betreuung ihrer Kinder aber in anderen Bundesländern sicherstellen müssen. Genauso ist es auch andersherum. Dort koordiniert vorzugehen, halte ich für den richtigen Weg – und nicht, einfach die Ott'schen Pressemitteilungen auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Auch das Thema „Sicherheit“ – das ist bereits angesprochen worden – steht im Fokus. Es geht um Testen, es geht um Masken, und es geht um eine Anpassung der Impfreihenfolge.

So geht seriöse Schulpolitik – und nicht so, wie Sie es hier intonieren.

Sie haben einen Entschließungsantrag auf den Tisch gelegt, in dem die Elternbeiträge wieder aufgeführt werden. Dazu möchte ich gar nichts mehr sagen; das hat mein Fraktionsvorsitzender bereits getan. Man hat aber doch den Eindruck, dass dieser Entschließungsantrag mit heißer Nadel gestrickt worden ist. Er zeigt auch ein bisschen die Art und Weise, wie gedacht wird – nämlich, nach Möglichkeit alles zu versprechen; ob das auch sinnvoll ist, ist eine ganz andere Frage.

Sie wollen Kita- und Schulkindern ein Jahr Neumitgliedschaft in einem Sportverein finanzieren. Ich betone: Neumitgliedschaft. Die Kellnerin oder der Kellner und die Friseurin oder der Friseur, die dem Sportverein bisher trotz Kurzarbeitergeld noch die entsprechenden Überweisungen haben zugutekommen lassen, gehen also leer aus. Ein Steuerberater oder ein Richter, der sein Kind erstmals anmeldet, bekommt aber eine Subvention. Ist das Ihre Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit?

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich würde sagen: Was Sie hier vorschlagen, ist eine Karikatur sozialdemokratischer Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dass das Thema „Sport“ aufgenommen wird, wie auch einige andere Punkte, ist ja richtig. Das Entscheidende ist aber doch, was unter unserer Landesregierung passiert. Man steht mit den Akteuren, beispielsweise mit dem Landessportbund, im Gespräch, die in sehr vielen Bereichen auch für die Sportvereine sehr wichtige Partner sind und hervorragende Arbeit leisten. Mit ihnen über die Zukunft zu sprechen, ist das richtige Verfahren – und nicht, hier einfach Forderungen in den Raum zu stellen, die mit sozialer Bedürftigkeit gar nichts zu tun haben.

Lassen Sie es mich folgendermaßen zusammenfassen: Die Landesregierung hat Wort gehalten. Sie hat sich in der Ministerpräsidentenkonferenz für wichtige

Signale gerade an Kinder und Jugendliche eingesetzt. Das macht Hoffnung und führt bei mir zu der Gewissheit, dass diese Landesregierung die Pandemie erfolgreich meistern wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Entscheidende in dieser Krise sind doch klare Kommunikation und klare Erklärungen.

Frau Ministerin Gebauer, ganz offensichtlich gibt es eine Diskrepanz zwischen dem Inzidenzwert 35 für die Öffnungen von Handel etc. und dem Inzidenzwert von 50 für die von Ihnen gerade skizzierten Möglichkeiten zur Öffnung von Schulen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ich dachte, Ihnen wäre Bildung auch wichtig!)

Das ist erklärungsbedürftig. Es liegt in Ihrer Verantwortung, dass Sie das den Menschen auch gut erklären.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb ist für uns klar, dass wir auch bei einem Inzidenzwert von 50 nur bei Wechselmodellen bleiben können.

Frau Ministerin, das hätten Sie im Übrigen schon sehr lange, über sehr viele Wochen und Monate hinweg, vorbereiten können. Dass Sie das jetzt tun, ist gut und richtig. Aber es ist eigentlich auch sehr spät.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, es ist richtig, dass es jetzt einen Vorlauf gibt und nicht am Freitagnachmittag per SchulMail mitgeteilt wird, was am Montag passiert. Diesen Vorlauf müssen Sie aber auch nutzen, um einen wirklich sehr klaren Rahmen zu definieren.

Dazu gehören auch flexible Lösungen für kleinere Lerngruppen, für mehr Räumlichkeiten und für eine andere Lernbegleitung, aber auch für Prüfungen, für die Individualisierung von Lernzeiten und für Lernhalte.

Liebe Frau Ministerin Gebauer, dazu habe ich Ihren Worten gerade nicht viel Hoffnungsvolles entnommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie müssen die Schulen sowie die Schülerinnen und Schüler an dieser Stelle unterstützen. Sie müssen in

diesem Schuljahr unter Coronabedingungen mehr Flexibilität ermöglichen.

Ein Weiteres: Es geht nicht nur um die Frage von Präsenzunterricht. Wir alle wollen natürlich – darüber sind wir uns einig –, dass die Kinder und Jugendlichen in die Schule gehen können. Kinder brauchen andere Kinder. Jugendliche brauchen andere Räume jenseits der eigenen vier Wände. Aber es geht eben nicht nur darum. Die bestehenden Lernrückstände können nicht allein durch die Frage von Präsenz oder Nichtpräsenz aufgefangen werden. Vielmehr muss hier mit einem Gesamtprogramm unterstützt werden.

Dazu gehört eine ausgeweitete Lernbegleitung.

Dazu gehört, auch die psychosozialen Folgen in den Blick zu nehmen. Wir alle haben gestern die COPSY-Studie zur Kenntnis genommen.

Dazu gehört, Ferienprogramme aufzulegen. Frau Ministerin, Sie sagten, Ihr Ferienprogramm sei kein Rohrkrepiere gewesen. Ich will Sie nur daran erinnern, dass auch dieses Programm wieder aus der Hüfte geschossen kurz vor Toresschluss kam und die Mittel zu einem großen Teil überhaupt nicht abgerufen worden sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hier noch zu einem erfolgreichen Programm zu erklären, ist doch eine sehr eigene Wahrnehmung der Lage.

Frau Ministerin Gebauer, nutzen Sie die Zeit, die Sie jetzt noch haben, um den Vorlauf für den Wechselunterricht vorzubereiten. Aber nehmen Sie gleichzeitig in den Blick, dass wir eine langfristige Förderung der Schülerinnen und Schüler brauchen, die unter großen Belastungen leiden – die einen vielleicht mehr psychosozial; die anderen haben vielleicht Lernrückstände. Das sind Ihre Hausaufgaben. Diese Hausaufgaben müssen Sie jetzt auch machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Kollege Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich für die wertschätzenden Beiträge der Kollegen der CDU bedanken, die ja deutlich gemacht haben, wie wichtig und gut unsere Beiträge in der Debatte sind.

Ich möchte vor allen Dingen aber darauf hinweisen, dass jetzt in der Karnevalspause, auch wenn kein Karneval stattfindet, viele nach Hause gegangen

sind, die SchulMail bekommen haben und wissen, dass sie in den nächsten drei Tagen, an denen sie eigentlich frei hätten, doch arbeiten dürfen. Das wird wieder große Begeisterung auslösen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich möchte zuletzt auf eines hinweisen, das in den nächsten Tagen besonders wichtig ist:

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

In der SchulMail fehlen wieder die Priorität für und der Blick auf jedes einzelne Kind. Das, was hier in den Reden gesagt wurde – was ich auch teile –, und das, was gestern in der Pressekonferenz erklärt wurde, bedeutet, dass die Kinder am 13. März bereits ein Jahr in der Pandemie sein werden – mit all den Folgen –, der eine mit mehr, der andere mit weniger Präsenzunterricht.

Deshalb wäre es jetzt wichtig, mit allen Beteiligten darauf zu drängen, die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen und gemeinsam zu schauen: Wer hat in den letzten Wochen und Monaten welchen Rückstau aufgebaut? Wo gibt es Dinge aufzuarbeiten? Um wen muss man sich kümmern? Welche Schwierigkeiten gibt es zu Hause? – Dafür brauchen wir einen vernünftigen Plan mit allen Beteiligten.

In der SchulMail wird wieder so getan, als ob letztlich alles ganz normal sei. Erkennen Sie endlich an: Es ist kein normales Schuljahr.

Wir brauchen jetzt den Blick nach vorne. Dazu haben wir einen Antrag vorgelegt. Dieser Antrag, lieber Bodo Löttgen, ist mehr als die Überschrift, nämlich ein dezidiertes Vorschlag. Wir freuen uns darüber, wenn wir im Ausschuss fachlich darüber diskutieren können, wie es in diesem Land weitergehen soll.

Wir wünschen uns, dass diese Landesregierung endlich einen Plan vorlegt. Das, was in der SchulMail steht, ist eine Handlungsanleitung für die Schulen. Aber ein richtiger Plan, eine Konzeption ist es immer noch nicht. Das ist sehr bedauerlich.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ott. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen hier nicht vor. – Das bleibt auch beim Blick in die Runde so, sodass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12593. Ich darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag folgen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD stimmen dagegen. Enthaltungen? – Enthaltung bei den Kolleginnen und

Kollegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dann stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag Drucksache 17/12593** nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat und **abgelehnt** wurde.

Ich lasse zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/12609 abstimmen und darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte. – Das ist die antragstellende Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmen dagegen. Der Vollständigkeit halber frage ich: Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass auch dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/12609** **abgelehnt** wurde.

Ich lasse drittens über den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/12610 abstimmen und darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Die Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen stimmen dagegen. Auch hier frage ich, ob es Kolleginnen oder Kollegen gibt, die sich der Stimme enthalten wollen. – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass auch dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/12610** **abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unseres heutigen Tagesordnungspunktes 1 gelangt.

Ich rufe auf:

2 Fünftes Gesetz zur Änderung des Landwahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12592 – Neudruck

erste Lesung

und

zweite Lesung

Eine Aussprache ist nach Verabredung nicht vorgesehen.

Wir können also unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/12592 – Neudruck – kommen. Wer möchte diesem Gesetzentwurf zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Die Abgeordneten der Fraktion der AfD stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Damit stelle ich fest, dass der **Gesetzentwurf Druck-**

sache 17/12592 – Neudruck – in der ersten Lesung angenommen wurde.

Die Fraktionen haben vereinbart, die zweite Lesung unmittelbar im Anschluss durchzuführen. – Dagegen sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

In der zweiten Lesung ist ebenfalls keine Aussprache vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf nach der zweiten Lesung kommen. Ich darf fragen, wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Die Abgeordneten der Fraktion der AfD stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Ich stelle fest, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 17/12592 – Neudruck – angenommen** und damit **verabschiedet** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

3 Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern eine Perspektive geben – mehr pädagogische Entscheidungen den Schulen übertragen und aus der Pandemie gut durchstarten.

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12594

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen empfehlen die Überweisung des Antrags Drucksache 17/12594 an den Ausschuss für Schule und Bildung. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dann nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses hier im Plenum erfolgen. Ich darf fragen, ob es Gegenstimmen gibt. – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Enthaltungen sind ebenfalls nicht ersichtlich. Dann stelle ich fest, dass diese **Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen** wurde.

Damit kommen wir zu:

4 Endlich ein wirksames und nachhaltiges Unterstützungsprogramm für mehr Bildungsgerechtigkeit in NRW!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12601

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen empfehlen die Überweisung des Antrags Drucksache 17/12601 an den Ausschuss für Schule und Bildung. Die abschließende

Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses hier im Plenum erfolgen. Ich darf fragen, ob es hier Gegenstimmen gibt. – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Enthaltungen sind ebenfalls nicht ersichtlich. Dann stelle ich die einstimmige **Zustimmung zu dieser Überweisungsempfehlung** fest.

Damit haben wir das Ende unserer heutigen Tagesordnung und damit auch dieser Sitzung erreicht.

Ich wünsche Ihnen allen noch einen angenehmen, arbeitsreichen Tag.

Die Sitzung ist geschlossen.

Bleiben Sie gesund!

Schluss: 15:20 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.